
Persistenter Identifier: 1559649927591_A1968_05
Titel: Niederschrift der Grundordnungsversammlung, 5. Sitzung
Ort: Stuttgart
Datierung: 1968
Strukturtyp: volume

Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>
PURL: https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1559649927591_A1968_05/1/

N I E D E R S C H R I F T

über die 5. Sitzung der Grundordnungsversammlung
- öffentliche Diskussion - am 25. 10. und 8. 11. 1968,
jeweils ab 14⁰⁰ Uhr im H 1 der Universität Stuttgart

Anwesend: am 25. 10. - 25 Mitglieder
am 8. 11. - 21 Mitglieder

Sonst. Anwes.: Reg.-Dir. Kammerer (Verwaltungsdirektor)
Rektoratsassistent Dr. Weller, Dr. Jauß
Reg.-Ass. von Loeper (als Schriftführer)

Herr Hinkel (Vorsitzender des Personalrats)

Am 25. 10. schätzungsweise 400 Angehörige
der Universität

Am 8. 11. schätzungsweise 450 Angehörige
der Universität

25. Oktober 1968

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, die in Form einer öffentlichen Diskussion stattfinden soll. Er weist in seinen einführenden Worten darauf hin, daß es bei dem Erlaß der neuen Grundordnung vor allem auf eine verstärkte Mitwirkung des Akademischen Mittelbaues und der Studenten ankomme, die sich - funktionsgerecht - nach dem Grad der Erfahrung, Sachkenntnis und Verantwortung richten müsse. Die Arbeit sei sehr ernst zu nehmen, um die Autonomie der Universität zu erhalten und die Freiheit in Forschung und Lehre zu sichern.

Auf Wunsch aus dem Publikum und auf Antrag von Herrn Knauer wird ohne Abstimmung beschlossen, in der Diskussion von unten nach oben zu beginnen.

In der Diskussion werden vor allem folgende Ansichten, Argumente und Vorschläge vorgebracht:

I. Zur Universitätseinrichtung (§§ 38-41 des Entwurfs der GO):

Es müsse gewährleistet sein, daß in den Universitätseinrichtungen eine straffe und kompetente Führung bestehen bleibe; eine kollegiale Führung dürfe nicht ausschließen, daß in Zweifelsfällen klare Entscheidungsbefugnisse bestünden. Beanstandet wird die in § 41 Abs. 3 vorgesehene Erweiterung des Personenkreises der kollegialen Leitung. Eine angemessene Mitwirkung dieser Gruppen sei zu bejahen, nicht aber eine gleichberechtigte Leitung.

Andere Universitätsangehörige sprechen sich gegen eine zu autoritäre Institutsführung aus. Ein Kollegium könne besser dafür sorgen, daß nicht sog. Forschungsruinen (Beispiele konnten nicht genannt werden) entstünden; man müsse Kooperation lernen; gerade die Assistenten müßten frühzeitig lernen, wie Forschung zu organisieren sei.

Hinweis aus der GOV: Die Regelung des § 41 enthalte an zwingenden materiell-rechtlichen Vorschriften im wesentlichen das, was im Hochschulgesetz vorgesehen ist; in Abs. 3 soll noch die Ausnahmeregelung des § 6 Abs. 3 HSchG bei Vorliegen zwingender Gründe für Forschung und Lehre. Man habe die Struktur der Universitätseinrichtungen nicht bis ins einzelne regeln wollen, um den Fachbereichen die Möglichkeit zu geben, im Hinblick auf die unterschiedlichen Gegebenheiten Vorschläge für eine sachgerechte Lösung zu unterbreiten.

Es wird auch die Meinung geäußert, es sei nicht erforderlich, eine Universitätseinrichtungsversammlung zu bilden, wie dies im § 41 Abs. 2 vorgesehen ist. Die bisherige Regelung habe gut funktioniert, negative Erscheinungen solle man durch eine Beschwerdeordnung regeln. Hierzu Gegenargument aus der GOV von Herrn Barner: Wenn bisher wirklich alles in Ordnung gewesen sei und gut funktioniert habe, warum würden dann Bedenken geäußert, dies zu institutionalisieren.

Bedenken, daß die Einschaltung der Universitätseinrichtungsversammlung einer Neuberufung hinderlich sei, werden von Herrn

Wagner zerstreut, der meint, daß jedenfalls die bisherige Regelung des § 41 Abs. 4 eine Einschaltung der Universitätseinrichtungsversammlung nicht vorsehe, der Verwaltungsrat müsse hier neu beschließen.

Diskutiert wird auch über die Frage, ob die von der Fachschaft zu entsendenden Studentenvertreter in einer gewissen Verbindung zum Institut stehen müßten. Es wird grundsätzlich bejaht, es müsse aber die Möglichkeit für eine hiervon abweichende Lösung offenbleiben, da z. B. Studenten, die eine Diplomarbeit anfertigen, vielleicht befangen und demnach abhängig sein könnten.

Auf Anfrage wird geklärt, daß zu den wissenschaftlichen Mitarbeitern auch die aus Beiträgen Dritter Bezahlten zählen.

II. Zum Fachbereich:

Es wird vorgebracht, daß der Fachbereich zu wenig Kompetenzen habe, als wirkliche Befugnisse seien nur die in § 28 Ziff. 6, 8, 11, 13, 14 und 15 aufgezählten anzusehen. Die Grundordnung enthalte nur eine Umformulierung der bisherigen Zustände; auch die Ordinarien müßten lediglich repräsentativ vertreten sein.

Von anderer Seite wird die zu weitgehende Einschaltung des Fachbereichs bei der Mittelverteilung beanstandet. Die Offenlegung ergäbe Spannungen und könne für Professoren entwürdigend sein. Auch könne einer Nivellierung nur vorgebeugt werden, wenn der Verwaltungsrat und nicht der Fachbereich die Gewichte setze. Anstelle von § 18 Ziff. 19 solle ein Beschwerderecht eingeführt werden.

Dem Fachbereich dürfe auch nicht die Verantwortung für die 'Erfüllung der Aufgaben der Universität' zukommen, sondern lediglich die 'Pflege' der Wissenschaft in Forschung und Lehre, wie das in § 6 HSchG vorgesehen sei (§ 28 Abs. 1). Zu § 28 Abs. 2 Ziff. 15 wird gewünscht, statt 'Koordination' 'Förderung der Koordination' als Aufgabe zu nennen (vgl. § 6 HSchG).

Es wird der Wunsch vorgebracht, die Regelung über die Befangenheit eingehender und strenger zu fassen. Herr Pick räumt ein, daß die volle Gleichheit der Stimmen der Assistenten und

Studenten (im Sinnwiderspruch zu § 11 HSchG) nur in Kombination mit einer strengen über die jetztige Vorschrift des § 45 hinausgehenden Regelung über die Befähigung erfolgen sollte.

Als Argument für die Abstufung der Verantwortung wird vorgebracht, daß andernfalls beispielsweise die Studenten einer im Verhältnis zu den Ordinarien gleich hohen haftungs- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit ausgesetzt wären.

Die Regelung des § 29 Abs. 2 sei ungerecht bei Fakultäten mit weniger als 11 Universitätslehrern. Der Vorschlag von Herrn Blenke, Niederschrift IV S. 4 sei vorzuziehen.

Es wird aus der GOV darauf hingewiesen, daß die wahlweise Aufnahme der Universitätslehrer gemäß § 16 Abs. 1 Ziff. 3-6 (vgl. § 29 Abs. 1 Ziff. 2) darauf zurückzuführen sei, daß in der Fakultät I die Habilitation eine entscheidende Rolle spiele, während in Fakultät II und III die Praxis häufig eine wichtigere Bedeutung habe.

Es wird der Wunsch vorgebracht, die Studenten jedenfalls nicht in Berufungskommissionen aufzunehmen (vgl. aber § 11 HSchG), oder dem Studenten doch wenigstens nur die Informationen über die letztlich in Betracht kommenden 3 Kandidaten zu gewähren. Herr Götz erwähnt hierzu, daß man in einer Berufungskommission, in der Studenten mitgewirkt hätten, ausgezeichnete Erfahrungen gemacht habe, da die Studenten ernsthaft und produktiv mitgearbeitet hätten.

Von anderer Seite wird betont, daß man bei Berufungen die Problematik nicht nur vom Aspekt einer Gruppe aus sehen dürfe, und den Studenten jedenfalls eine Beurteilungsfähigkeit des Methodischen, Didaktischen nicht von vornherein abgesprochen werden könne.

Es wird ohne Abstimmung beschlossen, den von Herrn Kammerer ausgearbeiteten restlichen Teil des Entwurfs der Grundordnung (ab S. der Hochschulöffentlichkeit ebenfalls zur Verfügung zu stellen.

8. November 1968

Auf Wunsch der Zuhörer wird ein Brief von Herrn Prof. Degen an die Mitglieder der GOV verlesen. Herr Prof. Degen setzt sich gegen eine Stimmberechtigung der Studenten in Angelegenheiten, in denen sie nicht unmittelbar selbst betroffen sind, ein. Die fachliche Kompetenz müsse entscheidend sein, was sich z. B. aus § 15 HSchG (an Weisungen nicht gebunden; Stimmenthaltung gilt als Ablehnung) und § 11 Abs. 3 HSchG (wenn schon im Senat nur beratende Mitwirkung, so erst recht im Fachbereich) ergebe.

Von den Diskussionsrednern wurde an Vorschlägen, Beanstandungen und anderen Stellungnahmen insbesondere folgendes vorgebracht:

Dem Fachbereich sollte für die Fachbereichsordnung eine Autonomie gegeben werden.

Man solle unabhängig vom Hochschulgesetz diskutieren und alle Novellierungsvorschläge sogleich in die dem Kultusministerium vorzulegende Grundordnung einarbeiten.

Die Funktion des Großen Senats sollte erweitert werden, da hier verhältnismäßig mehr Studenten mitwirken würden.

Mehr Zuständigkeiten für den Fachbereich und den Verwaltungsrat.

Kontrolle des Verwaltungsrats.

Es wird beanstandet, daß gemäß § 28 Abs. 2 des Entwurfs der Fachbereich im wesentlichen nur ein Vorschlagsrecht hat. Hierzu Herr Kammerer: Das beruhe zum Teil darauf, daß ein übergeordnetes Gremium lt. Hochschulgesetz mitwirken müsse (z. B. bei Berufung) oder dies zweckmäßig sei (Mittelverteilung). In anderen Fällen sei die Mitwirkung des Rektorats erforderlich, da nicht in allen Fachbereichen eine eigene Verwaltung eingerichtet werden könne (z. B. Erteilung von

Lehraufträgen).

Auf den Vorwurf, der Entwurf verstärke die reaktionärsten Tendenzen des Hochschulgesetzes und bringe für die Studenten im Verhältnis zur jetzigen Regelung keine Fortschritte, erwidert Herr Nitschke: Ein derartiger Fortschritt sei auf allen Ebenen erzielt worden. Dies sei ein Verdienst der Studentenvertreter in der GOV, deren Anträge häufig nur mit knapper Mehrheit durchgegangen seien. So gäbe es z. B. in der jetzigen Universitätseinrichtung keine festgelegte Ordnung, wonach Studentenvertreter ein Mitwirkungsrecht hätten. Nach der vorgesehenen Regelung des § 41 Abs. 2 des Entwurfs sei eine Mitwirkung der Studenten bei der vorzuschlagenden Verwaltungs- und Benutzungsordnung vorgesehen. Daß der Verwaltungsrat letztlich entscheiden müsse, sei eine Bestimmung des Hochschulgesetzes, von der man nicht abweichen könne. Er erwähnt weiter die Mitwirkung der Studenten in der Fakultät, ferner die Offenlegung der Haushaltsanträge im Fachbereich sowie das Mitwirkungsrecht (Stimmberechtigung) in Berufungskommissionen (über die Regelung des § 11 Abs. 3 HSchG hinaus).

Dem wird entgegengehalten, daß über die Verwaltungs- und Benutzungsordnung letztlich der Verwaltungsrat ohne Mitwirkung der Studenten entscheide, daß die Mitwirkung der Studenten im Fachbereich quantitativ zu gering sei, um wirklich entscheidenden Einfluß ausüben zu können, und daß die Mitwirkung der Studenten im Berufungsverfahren lediglich eine Sollbestimmung darstelle (vgl. § 64 Abs. 3 des Entwurfs).

Herr Dosse erwidert auf die von Diskussionsrednern vorgebrachte Meinung, die Studenten hätten bei ihrer bisherigen Mitwirkung in den Abteilungen letztlich stets resigniert, dies sei eine Unterstellung. Er könne nachweisen, daß in der Abteilung Elektrotechnik in den letzten Jahren nie derartiges geschehen sei. Ein unumschränktes Mitbestimmungsrecht der Studenten führe jedoch zu einem Zick-Zack-Kurs der Überstimmten.

Auf Wunsch der Zuhörer verliest Herr Volkmann einen Brief vom 7. 10. 1968, den er an die Gruppe seiner Wähler gerichtet hatte. Er erwähnt hierin die von ihm verfolgte Konzeption einer ausgleichenden mittleren Linie, in der auch die berechtigten

Änderungswünsche der jüngeren Generation mit einbezogen seien. In zwei wichtigen Punkten habe die Grundordnungsversammlung Beschlüsse gefaßt, die er nicht billigen könne. Er würde sein Mandat nicht weiter ausüben können, wenn sich bestätigen würde, daß die von ihm vertretene Linie nicht dem Willen einer größeren Anzahl von Kollegen entspreche. Seiner Ansicht nach sollte einmal die Rektorwahl vor dem erweiterten Großen Senat stattfinden, zum andern nur diejenigen Mitglieder der Fachbereiche stimmberechtigt sein, die selbst den betreffenden Punkt der akademischen Laufbahn erreicht haben, wie dies auch in den USA gehandhabt würde. Eine lediglich beratende Mitwirkung sei dadurch nicht ausgeschlossen. Er bittet seine Kollegen in diesem Brief um eine Stellungnahme. Herr Volkmann erwähnt hierzu, daß zu dem ersten Punkt von 96 Stellungnahmen 91 in seinem Sinne abgegeben worden seien, zum zweiten Punkt von 97 91 in seinem Sinne.

In einem verlesenen Brief der 4 Mittelbau-Vertreter wird kritisch zu der Meinungsumfrage Stellung genommen. Jedes GOV-Mitglied sollte seine Entscheidung unabhängig und in eigener Verantwortung vor der GOV fällen. Die Beschlüsse der GOV sollten nicht durch derartige Umfragen nachträglich umgestoßen werden. Wenn andere GOV-Mitglieder sich ähnlich verhalten würden, könnten unerfreuliche Frontbildungen innerhalb der GOV entstehen. Herr Barner erläutert den Brief und erwähnt, daß er die Umfrage auch deshalb für bedenklich halte, da den Lehrstuhlinhabern die Argumente, die zu den Beschlüssen geführt hätten, noch nicht bekannt sein konnten (die Protokolle waren noch nicht veröffentlicht). Man dürfe auch nicht übersehen, daß diese zitierten Beschlüsse nur im Zusammenhang mit anderen Beschlüssen gesehen werden könnten, und die anderen Gruppen im Gegensatz zu ihren ursprünglichen Intentionen hätten nachgeben müssen. Auch hätte Herr Volkmann versucht, das Ergebnis der Umfrage durch Anruf bei einem der Herren zu verändern. Herr Volkmann weist diesen Vorwurf entschieden zurück und erklärt, er habe niemand angerufen, schon gar nicht zwecks Meinungs-Manipulation. Herr Barner nimmt den Vorwurf einer beabsichtigten Wählerbeeinflussung später wieder zurück.

Herr Nitschke erwähnt, daß es in der Fakultät I zu einer Abstimmung nicht über den Brief von Herrn Volkmann, aber über die Sachfrage der Mitwirkung der Studenten bei Berufungskommissionen gekommen sei. Da er, wie auch Herr Pick, für ein Stimmrecht der Studenten plädiert habe, sah er sich veranlaßt, ggf. sein Amt zur Verfügung zu stellen, wenn die Fakultät dies wünsche. Die Fakultät I habe dies abgelehnt, obwohl sie sich mehrheitlich gegen ein Stimmrecht der Studenten ausgesprochen habe.

Herr Knauer wendet sich dagegen, von einer Resignation der Studenten zu sprechen. Er habe dies als stellvertretender Fachschaftsvorsitzender für Maschinenbau jedenfalls nicht erlebt. Er wendet sich auch gegen eine einseitige Meinungsmache, nach der reaktionär schon ist, wer die bisherige gute Zusammenarbeit mit den Professoren aufrecht erhalten und sich für ein abgestuftes Mitbestimmungsrecht der Studenten einsetzen wolle. Eine Mitwirkung der Studenten sollte z. B. in Berufungskommissionen anders als z. B. in Studienplankommissionen sein.

Aus dem Zuhörerkreis wird eine Resolution vorgetragen, die einen Tadel für die Mitglieder der GOV ausspricht, mit dem Antrag hierüber abzustimmen. Es wird der Einwand vorgebracht, es sei unfair zu so vorgerückter Zeit (nach 18'00 h) noch eine derartige Abstimmung vorzunehmen, da ein großer Teil der Zuhörer schon fort sei. Die Zuhörer sind mehrheitlich der Auffassung, daß jetzt abgestimmt werden sollte, denn wie vorgebracht wurde, werde die nächste Sitzung eine andere personelle Zusammensetzung haben. Die Mitglieder stimmen zu, daß die Resolution in die Niederschrift aufgenommen wird. Sie fand etwa gegen 18'30 h bis 18'40 h statt.

Die von Herrn Müller-Rieth vorgetragene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die am 8. 11. 1968 versammelten Mitglieder im Tiefhörssaal der Universität sprechen der Grundordnungsversammlung ihren Tadel für die bisher geleistete Arbeit aus.

1. Die Mitglieder der GOV waren weder in der Lage, noch zum großen Teil willens, die Gründe für ihre grundsätzlichen Entscheidungen in der Öffentlichkeit zu diskutieren (dafür 80 Zuhörer, dagegen 82 bei 52 Stimmenthaltungen; also Ablehnung).
2. Auf konkrete Fragen der universitären Öffentlichkeit nach dem eigenen Selbstverständnis, nach der eigenen Beurteilung der bisher von den Mitgliedern geleisteten Arbeit, konnten sie in der Mehrheit überhaupt keine oder nur ungenügende Antworten geben (dafür 86, dagegen 62 Zuhörer bei 42 Stimmenthaltungen).
3. Es ist zu rügen, daß, in diesem Zusammenhang nur zu verständlich, der Novellierungsausschuß mit seiner Arbeit noch nicht begonnen hat (angenommen bei 5 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen).
4. (Nachsatz) Wir hier anwesenden Mitglieder der Universität fordern deshalb von den Mitgliedern der GOV die erneute Diskussion und Revision der bisher gefaßten Beschlüsse (angenommen bei 16 Gegenstimmen und 52 Stimmenthaltungen).

Aus dem Zuhörerkreis wird der Wunsch vorgebracht, noch vor der 1. Lesung ein Hearing abzuhalten, für das die studentische Öffentlichkeit voll hergestellt werden müßte (Vorlesungen sollten ausfallen). Herr Nitschke, der von der letzten Abstimmung an für den verhinderten Rektor die Verhandlungsführung ausübte, will diese Frage dem Rektor überlassen.

Unabhängig von dieser Frage soll die 1. Lesung, die mit gründlicher Diskussion geplant ist, am 22. und 23. 11. 1968, jeweils um 9'00 h s.t. beginnend, im Senatssaal stattfinden. Die Tagesordnung soll beginnen mit den Berichten der Kommissionen; des weiteren soll über Novellierungsvorschläge

diskutiert werden und über die Frage, ob vorgeschlagene Novellierungen nicht sogleich in die dem Kultusministerium vorzulegende Grundordnung eingearbeitet werden sollen.

Lienhard

Vorsitzender

v. Logner

Schriftführer

UNIVERSITÄT STUTTGART
- Rektorat -

Stuttgart, den 31. Oktober 1968

Nr. V 1002-1/61 - K/G1

An alle

31. OKT. 1968

Lehrstühle und Institute,
die Universitätsbibliothek und
das Studentenparlament der
Universität Stuttgart

Betr.: Entwurf der Grundordnung

Beil.: -1- Teilentwurf

Sehr geehrte Herren,

mit Schreiben vom 17. Oktober 1968 wurde der 1. Teilentwurf der Grundordnung versandt. Anliegend wird der restliche Entwurf verschickt. Dieser Entwurf soll in die mit dem ersten Teil übersandten gelben Schnellhefter eingeordnet werden.

T In der nächsten hochschulöffentlichen Diskussion am 8. November 1968 nachmittags 14'00 Uhr im Hörsaal 1 sollen die noch nicht behandelten Teile der Grundordnung weiter diskutiert werden.

1 Exemplar an
Unlief am 31.10.68
/u

Mit freundlichen Grüßen

Leonhardt

(Prof. Dr.-Ing. F. Leonhardt)

Sachbeschlüsse der GOV

Nieder-
schrift:

I. Rektor

- N III 3 (1) Die Rektoratsverfassung wird eingeführt.
- N III 5 (2) Wahl des Rektors (s. insbesondere Anhang zur Niederschrift über 3. Sitzung GOV):
Die Grundordnung bestimmt, daß die Wahl abgelehnt werden kann.
Die Wahl erfolgt auf 4 Jahre mit einmaliger Wiederwahl - Abwahl möglich.
- N III 9 (3) Der Rektor wird nicht im erweiterten Großen Senat gewählt.
- N III 9 (4) Die Abgabe des Rechenschaftsberichts und die Rektorewahl erfolgen grundsätzlich hochschulöffentlich.
- N III 6 (5) Art der Abwahl:
Teile des Rechenschaftsberichts können abgelehnt werden.
- N III 6 Nach Ablehnung des Rechenschaftsberichts muß spätestens nach 14 Tagen eine weitere Sitzung stattfinden.
- N III 7 Es ist die Vertrauensfrage zu stellen; der Rektor ist mit einfacher Mehrheit abgewählt; in derselben Sitzung findet eine Neuwahl statt.
- N III 11 (6) Prorektor:
Die in § 16 Abs. 1 Ziffer 1, 2 und 4 genannten Personen können zum Prorektor gewählt werden.

II. Senat

N III 15

- (1) Empfehlungen für Geschäftsordnung des Verwaltungsrats zugunsten der Vertreter des Personalrats gelten auch für den Senat (s. Verwaltungsrat).

N III 15 f

N III 18

(2) Aufgaben:

1. Hochschulpolitik
2. Hochschulgesamtplan
3. Hochschulreform
4. Bildungspolitik
5. Überwachung und Koordination der Arbeiten der Fachbereiche
6. Sicherung der funktionsgerechten Repräsentation bzw. Mitwirkung der Gruppen
7. Berufungen (im Hinblick auf § 21 HSchG neben den zuständigen Fachbereichen)
8. Habilitationsordnung
9. Promotionsordnung
10. Einrichtung neuer Studiengänge
11. Rahmenordnung für die Prüfungsordnung aller Fachrichtungen? Nein
Einzelne Prüfungsordnungen? Nein, es wurde vielmehr folgendes beschlossen:
Die Prüfungsordnungen werden von den für den einzelnen Studiengang zuständigen Studienkommissionen und den Fachbereichen ausgearbeitet und vom Rektor erlassen.
12. Ehrungen
13. Errichtung von Lehrstühlen oder Änderung ihrer Fachrichtung
14. Personalangelegenheiten
15. Ernennung von apl. Professoren, Abteilungsvorstehern und Wissenschaftlichen Räten
16. Ernennung von Honorarprofessoren
17. Festsetzung der Zulassungsquoten (Ausbildungskapazität - numerus clausus)

N III 16 f

18. Bestellung der Mitglieder des Schlichtungsausschusses nach § 54
19. Disziplinar- Verfahrensordnung nach § 55 Abs. 4 HSchG
20. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
21. Besetzung der Stellen der Leiter zentraler Universitätseinrichtungen
22. Genehmigung der Ordnung der Fachbereiche als Ständige Einheiten
23. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats
24. Einsetzen von Senatskommissionen

N III 16

In die Grundordnung ist eine Regelung aufzunehmen, daß der Senat beratende und beschließende Ausschüsse einrichten kann (ob beratend oder beschließend bleibt dem Senat je nach der Gestaltung des Einzelfalles überlassen) -

N III 17

Die Gruppenvertreter sind jedenfalls dann, wenn sie den Wunsch hierzu äußern, bei der Zusammensetzung der Kommissionen des Senats angemessen zu berücksichtigen.

25. Genehmigung der Ordnungen der Gruppen der Universität, z. B. Satzung und Wahlordnung der Studentenschaft (nur Rechtsaufsicht)
26. Wahlordnung für Wahl der Professoren, Dozenten, Assistenten u. dgl. in die Organe? Nein (Ist im wesentlichen in der Grundordnung zu regeln).
27. Wahl der Mitglieder des Studentenwerks nach § 61 HSchG
28. Wahl der Mitglieder des Disziplinarausschusses nach § 55 HSchG
29. Wahl des Kanzlers für den Vorschlag an das Kultusministerium nach § 14 HSchG
30. Wahl des Stellvertreters des Kanzlers für den Vorschlag an das Kultusministerium
31. Wahl der Mitglieder des Senats, soweit sie nicht von Amts wegen Mitglieder sind, also

Wahl der Gruppenvertreter.

III. Verwaltungsrat

N III 14

(1) Technisches- und Verwaltungspersonal:

Für die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats wird eine Empfehlung ausgesprochen, die Vertreter des technischen- und Verwaltungspersonals zu allen Sitzungen des Verwaltungsrats als Sachkundige hinzuzuziehen.

(2) Beschlußprotokolle:

N III 18

Der Verwaltungsrat soll in seiner Geschäftsordnung einen Passus aufnehmen, daß die Beschlußprotokolle den Senatsmitgliedern zugeschickt werden.

IV. Fachbereich

N II 10

(1) Dekan:

1. Der Dekan wird für 2 Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist nur einmal möglich.
2. Die Annahme der Wahl ist Pflicht bei der 1. Wahl, bei der 2. Wahl ist Ablehnung möglich.
3. Die Wahl des Dekans erfolgt zu Beginn des vorhergehenden Semesters.
4. Der Prodekan ist in der Regel der Amtsvorgänger.
5. Wählbar ist jeder Lehrstuhlinhaber, der im Zeitpunkt der Wahl wenigstens 2 Jahre der Universität angehört hat.

N II 16

IV 8

(2) Allgemeine Zusammensetzung:

Die Fakultät besteht aus den hauptamtlich an der Universität tätigen Universitätslehrern gemäß § 16 Abs. 1 Ziffer 1 und 2, durch Fakultätsbeschluß auch gemäß Ziffer 3 bis 6 und den Vertretern der Gruppen

1. ggf. gemäß § 16 Abs. 1 Ziffer 3 - 6,
2. gemäß § 16 Abs. 2 Ziffer 2 - 4,
3. der Studenten,
4. des technischen- und Verwaltungspersonals.

N IV 10

Zahlenmäßige Zusammensetzung:

Universitätslehrer mehr als 8: je 2 Gruppenvertreter (Dozenten, Assistenten, Studenten, technisches- und Verwaltungspersonal);

Universitätslehrer mehr als 11: je 3 Dozenten, Assistenten, Studenten, 2 vom technischen- und Verwaltungspersonal;

Universitätslehrer mehr als 14: je 4 Dozenten Assistenten, Studenten, 2 v. techn. u. Verw.pers. hinzu kommt jeweils Dekan und Prodekan. Bei Aufnahme der Dozenten in den Kreis der Lehrstuhlin-

haber erhöht sich entsprechend die Zahl der Assistenten und Studenten (z. B. statt 4: 6).

(3) Repräsentative Vertretung?

N IV 9

Überschreitet die Anzahl der Mitglieder der Fakultät die Anzahl 25, so kann die Fakultät beschließen, daß für bestimmte oder alle Aufgaben eine repräsentativ zusammengesetzte 'engere Fakultät' gewählt wird. Die Fakultät tritt mindestens einmal im Jahr zur Neuwahl der 'engeren Fakultät' zusammen. Größe und Zusammensetzung der 'engeren Fakultät' wird jeweils von der Fakultät beschlossen. Die Fakultät hat ein Vetorecht bei Fragen der Berufungen und Habilitationen. Sie muß zur Behandlung dieser Fragen auf Antrag eines ihrer Mitglieder einberufen werden.

(4) Stimmrecht der Mitglieder:

N IV 14

Alle Mitglieder der Ständigen Einheiten haben in allen Fragen gleiches Stimmrecht. Es werden Vorschriften über die Befangenheit aufgenommen, die über die in der jetzigen Fassung enthaltenen hinausgehen sollen.

(5) Gliederung in Fachbereiche (vorläufig):

N II Anhang,
IV 15

1. Physik
2. Mathematik und Computerwissenschaften
3. Chemie
4. Geo- und Biowissenschaften
5. Geschichts- und Sprachwissenschaften
6. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
7. Bauingenieurwesen
8. Architektur
9. Elektrische Energietechnik
10. Elektrische Nachrichtentechnik
11. Luft- und Raumfahrttechnik
12. Energietechnik
13. Verfahrenstechnik
14. Fertigungstechnik.

(6) Bildung und Änderung (Beschluß?):

N IV 15

Verlagerung von Einrichtungen aus der einen
Ständigen Einheit in eine andere -
Änderung des Namens der Ständigen Einheit -
- sind jeweils Angelegenheiten des Senats, für
die die beteiligten Fachbereiche ein Antrags-
recht haben.

Für die Änderung des Namens ist der Große Senat
zuständig.

(7) Aufgaben:

N III 20 f

1. Berufungen - s. auch (9.) und (10.)
2. Habilitationen - s. auch (10.) -
3. Ehrungen
4. Aufstellung von Habilitationsordnungen
5. Promotionen
6. Aufstellung von Promotionsordnungen
7. Aufstellung von Prüfungsordnungen
8. Studienplan - s. auch (8.) -
9. Besprechung des Vorlesungsangebots
(Koordination der Lehrveranstaltungen)
10. Forschungsbesprechung (Förderung und
Kordinierung der Forschungsprogramme)
11. Zuordnung der wissenschaftlichen Assistenten
zu den Universitätseinrichtungen?

N III F 15

Die Angehörigen des Lehrkörpers nach
§ 16 HSchG Abs. 2 Nr. 2 und 3 sowie
diejenigen Angestellten, welche nur
vorübergehend in Ermangelung einer
Stelle nach Nr. 2 und 3 im Angestell-
tenverhältnis beschäftigt sind, sind
Mitarbeiter in der Seful.

Die Kompetenzen werden wie folgt ver-
teilt:

Die Universitätseinrichtung hat das Vor-
schlagsrecht bei der Anstellung und Ent-
lassung. Sie setzt die konkreten dienst-
lichen Aufgaben fest und ist verantwort-
lich für die wissenschaftliche Betreuung.

Dem Fachbereich werden die Anträge offengelegt. Der Fachbereich entscheidet auf mittelbaren oder unmittelbaren Antrag, insbesondere bei Kontroversen hinsichtlich Einstellung, Vereinbarung mit den Universitätseinrichtungen und Entlassung.

Das Rektoramt ist zuständig für den Abschluß des Dienstvertrages, die arbeitsrechtliche Vertretung der Universität und die Führung der Personalakten.

N III F 4

12. Haushaltsanträge personeller und sachlicher Art im Rahmen folgenden Beschlusses:

Die Haushaltsanträge der Universitätseinrichtungen werden vom zugehörigen Lehrkörper (§ 16 Abs. 1 und Abs. 2 Ziffer 2 - 4) und den leitenden technischen Angestellten aufgestellt und dem Verwaltungsrat zugeleitet.

Die Haushaltsanträge werden im Fachbereich offengelegt.

Vor Einreichung der Haushaltsanträge muß auf Antrag eines Mitglieds des Fachbereichs im Fachbereich eine gemeinsame Besprechung der Haushaltsanträge stattfinden, die die Möglichkeit zur gegenseitigen Information und Koordination unter den Universitätseinrichtungen bietet.

13. Personalfragen

14. Bau- und Raumprogramm, Entwicklungsplan, soweit Fachbereich betroffen

15. Lehraufträge

N IV 3

16. Wahlen im Fachbereich

Eine Wahlordnung mit einer Regelung bis ins Detail wird in die Grundordnung aufgenommen, ist also nicht Aufgabe des Fachbereichs.

Jeder Fachbereich gibt sich eine Geschäftsordnung.

N IV 3

17. Semesterbesprechung mit Verbesserungsvorschlägen

der Lehrveranstaltungen und der Prüfungen?
Jeder Fachbereich veranstaltet mindestens einmal jährlich eine Besprechung über Lehrveranstaltungen und Prüfungen.

18. Einsetzung von Studienplan- und Prüfungskommissionen

N III F, 17, 18

(8) Studienplankommission:

Für jede Studienrichtung wird eine Studienplankommission gebildet, deren Aufgabe es ist, Angebot und Zeitablauf des Studiums, die Lehrmethoden und die Prüfungsordnung für diese Studienrichtung festzulegen und zu beschließen. Gegen den Beschluß der Studienkommission haben die zuständigen Fachbereiche ein Einspruchsrecht. Bei Einspruch entscheidet eine gemeinsame Versammlung der zuständigen Fachbereiche und der betroffenen Universitätslehrer aus anderen Fachbereichen. Die für jede Studienrichtung zuständigen Fachbereiche bestimmt der Senat.

Die Studienkommission kann schon bei der Vorplanung tätig werden.

N II 12, 13

(9) Berufungskommission:

Vertreter der Assistenten und Studenten müssen in künftigen Berufungskommissionen dabei sein (nicht Personen des betroffenen technischen Personals).

Je 1 (mindestens 1) Vertreter der Gruppen ist in die Berufungskommission zu entsenden.

Die mit Berufungsverfahren befaßten Mitglieder der Universität sind zur Vertraulichkeit auf Lebenszeit verpflichtet.

N II 17

(10) Berufungs- und Habilitationsverfahren:

1. Die Zuständige Einheit für Forschung und Lehre teilt die beabsichtigte Eröffnung eines Berufungs- oder Habilitationsverfahrens allen anderen Ständigen Einheiten mit.

2. Sie schließt sich mit einer zweiten dem fraglichen Fach möglichst nahe benachbarten Ständigen Einheit zur Durchführung des Verfahrens zusammen.

3. Jedes Mitglied jeder anderen Ständigen Einheit kann sein Interesse an dem Verfahren anmelden und an den Plenarsitzungen teilnehmen.
4. Die beiden zusammenarbeitenden Ständigen Einheiten, erweitert um die Einzelmitglieder, bestimmen die Berufungskommission oder die Gutachter im Habilitationsverfahren. Sie entscheiden (jeweils) im Plenum über Aufnahme des Berufungsvorschlages oder des Habilitationsgesuchs.
5. Bei Vorliegen eines Sondervotums, das von mindestens 3 Mitgliedern einer Ständigen Einheit abgegeben werden kann, entscheidet der Senat über das weitere Vorgehen.
6. Der Senat erläßt eine Geschäftsordnung über Berufungsverfahren und eine Habilitationsordnung, in denen die Einzelheiten verbindlich geregelt werden.

V. Universitätseinrichtung

N IV 22

(1) Grundstruktur:

1. Jede Universitätseinrichtung muß innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten der Grundordnung dem Verwaltungsrat einen Vorschlag für eine Ordnung, in der die Verwaltung und Benutzung der Einrichtung geregelt ist, vorlegen. Der Verwaltungsrat muß die Ordnungen spätestens 1 Jahr nach dem Inkrafttreten der Grundordnung beschließen. Für die Universitätseinrichtungen, die keinen Vorschlag vorlegen, erläßt der Verwaltungsrat innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Grundordnung eine Ordnung nach Anhörung der Angehörigen des Lehrkörpers, der Vertreter der zuständigen Fachschaft sowie von Vertretern der an den Einrichtungen tätigen Bediensteten.
2. Die Vorlage der Verwaltungs- und Benutzungsordnung an den Verwaltungsrat wird von der Universitätseinrichtungsversammlung beschlossen. Zu dieser Versammlung gehören alle Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16, bis zu 3 Vertreter des technischen Personals und 2 Vertreter der Studentenschaft, die von der Fachschaft benannt werden. Die Versammlung muß von dem derzeitigen Leiter der Einrichtung einberufen werden. In Universitätseinrichtungen, deren Vollversammlung mehr als 20 Personen umfaßt, muß eine repräsentative Vertretung erfolgen, entsprechend der vorgesehenen Regelung bei den Ständigen Einheiten.
3. In der Ordnung muß geregelt werden, ob ein turnusmäßiger Wechsel der Lehrstuhlinhaber oder eine kollegiale Leitung aller auf Lebenszeit an der Universitätseinrichtung beschäftigten Universitätslehrer gemäß § 16 Abs. 1 Ziffer 1, 2 und 4 und der etwa vorhandenen Abteilungsleiter erfolgt. In Fällen, in denen die Zahl der vorhandenen Personen eine kollegiale Leitung nicht zuläßt

(weniger als 2), muß der Personenkreis sukzessive erweitert werden. Zunächst um § 16 Abs. 1 Ziffer 5, dann § 16 Abs. 2 Ziffer 2-4.

4. Bei Neuberufung eines Universitätslehrers nach § 16 Abs. 1 Ziffer 1 muß der Verwaltungsrat die Ordnung der Universitätseinrichtung, zu der der Betreffende gehört, neu beschließen.

N IV 23

- (2) Verfahren zur Bildung von Universitätseinrichtungen:
Auflösung, Veränderung und Neugründung von Universitätseinrichtungen können von Universitätseinrichtungen über die zuständige Ständige Einheit an den Senat oder von der zuständigen Ständigen Einheit beim Senat beantragt werden.

VI. Wahlverfahren

(1) Allgemein: Bildung von Vertreterversammlungen:

N IV 16

In der Grundordnung soll vorgesehen werden, daß alle Gruppen des Lehrkörpers Vertreterversammlungen für die Wahl ihrer Vertreter in den Ständigen Einheiten und den Senaten durchführen können. Die Gruppen sollen sich auch eine Satzung geben können, die der Zustimmung des Senats bedarf. Die Vertretung der Studentenschaft wird in der Satzung der Studentenschaft, die nach § 50 HSchG sich eine Satzung geben muß, geregelt.

(2) Wahl des Rektors und Prorektors:

S. Anhang zur Niederschrift über die 3. Sitzung der GOV.

Offengelassen: Abs. 5 Wahlverfahren Rektor (N III 12)

(3) Wahlverfahren für den Senat:

N IV 16, Anh.

Indirekte Wahl der Studentenvertreter im Studentenparlament, der Mittelbau-Vertreter in der Vertreterversammlung des Akademischen Mittelbaues. Direkte Wahl der Dozentenvertreter in der Vollversammlung der Dozenten, der Professorenvertreter in der Vollversammlung der Professoren. Wahlvorschläge entsprechen Möglichkeit I* mit nur 1 Namen. Die Versammlungen sind beschlußfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Die Wahl der Vertreter in der Versammlung erfolgt im 1. Wahlgang mit absoluter Mehrheit, im 2. Wahlgang mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit von Spitzenkandidaten im 2. Wahlgang erfolgt eine Stichwahl zwischen diesen. Jedes anwesende Mitglied hat soviel Stimmen, wie Sitze zu verteilen sind. Eine Verankerung des Studentenparlaments und der Vertreterversammlung des Akademischen Mittelbaues als Wahlgremien in der Grundordnung ist hier notwendig. Beide Gruppen wünschen jedoch auch bei Bevorzugung von Möglichkeit I eine derartige Verankerung.

*(Möglichkeit I - nicht beschlossen - :

Direkte Persönlichkeitswahl in allen 4 Gruppen, organisatorisch verbunden mit der Wahl der Vertreter im Großen Senat. Wahlordnung analog § 66 HSchG, jedoch ohne Listen. Wahlvorschläge dürfen nur 1 Namen enthalten. Gewählt sind jeweils die 3 Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten.)

N IV 16, Anh.

(4) Wahlverfahren für den Fachbereich:

1. Studenten:

Die Studentenvertreter werden durch die jeweils zuständigen Fachschaften gewählt. Das Wahlverfahren wird in der Satzung der Studentenschaft geregelt.

2. Akademische Mitarbeiter:

Die Vertreter der akademischen Mitarbeiter werden in einer Vollversammlung der akademischen Mitarbeiter der Seful gewählt. Die Wahlvorschläge, die nur 1 Namen enthalten dürfen, müssen von mindestens 5 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder des Lehrkörpers nach § 16 (2), Ziffer 2 - 4 sowie die aus anderen Mitteln vergüteten wissenschaftlichen Angestellten, die nicht in einem direkten Dienstverhältnis zur Hochschule stehen; oder die an einem von einem Ordinarius geleiteten Institut in der Hochschule tätig sind, wenn diese Angestellten hauptamtlich für die Hochschule arbeiten. Das gleiche gilt für die geprüften wissenschaftlichen Hilfskräfte und Dissertationsstipendiaten, wenn sie wenigstens halbtätig und 1 Jahr in der Hochschule tätig sind.

Die Wahl der Vertreter in der Versammlung erfolgt im 1. Wahlgang mit absoluter Mehrheit der Anwesenden, im 2. Wahlgang mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit von Spitzenkandidaten im 2. Wahlgang erfolgt eine Stichwahl zwischen diesen.

3. Technisches- und Verwaltungspersonal:

Die Vertreter des technischen- und Verwaltungspersonals werden ebenfalls in einer Vollversammlung der Angehörigen dieser Gruppe in der Seful gewählt. Sinngemäß gelten die Bestimmungen von 2.

N IV 16

Hierzu zu 1. - 3.: Auf Antrag eines Mitglieds muß geheim abgestimmt werden.

VII. Hinweis auf GOV-Ausschüsse

(1) Präambel:

Zur Formulierung der Aufgaben der Universität als Präambel der Grundordnung, bestehend aus den Herren: Stute, Hunken, Barner, Addicks (Nebel).

(2) Präsidialverfassung:

Vorschläge für eine Novellierung des Hochschulgesetzes für eine Präsidialverfassung. Ausschußmitglieder: Herr Bach (federführend), Herr Stute, Herr Addicks, Herr Bertram, Herr Wagner.

(3) Großer Senat - Wahlordnung:

Eine Änderung der Wahlordnung und andere Novellierungsvorschläge sollen überlegt werden von den Herren: Kammerer, Hofmann, Spanka.

(4) Forschungsbesprechung:

Das Thema Forschungsbesprechung und Koordinierung der Lehrveranstaltungen, Definition, Zusammenhang mit dem Wissenschaftsbegriff, Information, Koordinierung, gegenseitige Förderung, wird einem Ausschuß übertragen, bestehend aus den Herren: Stute, (federführend), Springer, Bach, Volkmann.

(5) Akademische Rechte und Pflichten:

Festlegung der Akademischen Rechte und Pflichten der Universitätslehrer nach § 16 Abs. 1 HSchG; Vorklärung durch die Herren: Götz (federführend), Stute, Volkmann, Bertram, Spanka, Kammerer.

(6) Rechtsform des Studentenwerks:

Es wurde eine Kommission gebildet, die sich vom Studentenwerk beraten lassen soll. Ihr gehören an die Herren: Böcker (federführend), Knauer, Wagner, Addicks.

(7) Bibliotheksstruktur:

Eine Kommission, bestehend aus den Herren:
Nitschke (federführend), Güth, Barner wurde
beauftragt, sich mit dem Bibliotheksdirektor,
Herrn Prof. Koschlig, in Verbindung zu setzen.

(8) Grundordnung:

Herr Kammerer wurde beauftragt, die bisherigen
Beschlüsse in Paragraphen zu formulieren.

Den 15. Oktober 1968 - K/G1

1. Entwurf

G R U N D O R D N U N G

der

UNIVERSITÄT STUTTGART
(Technische Hochschule)

Vorbemerkung:

Aufgrund der in den bisherigen Beratungen der Grundordnungsversammlung (GOV) gefaßten Beschlüsse - in 10 ganztägigen Plenarsitzungen - wurde der anliegende Entwurf gefertigt. Er dient der GOV als Grundlage für ihre weitere Arbeit.

Die GOV hat vorgesehen, diesen Entwurf zu ergänzen - soweit erforderlich - und ihn dann in 3 Lesungen weiter zu beraten.

Der Entwurf enthält Vorschriften des Hochschulgesetzes, die übernommen werden müssen, und Vorschriften, über die die GOV beschließen muß. Zur Unterscheidung sind im Text die ergänzenden Vorschriften am linken Rand angestrichen.

I N H A L T S Ü B E R S I C H T

Erster Abschnitt: Allgemeine Vorschriften

- § 1 Aufgabe
- § 2 Rechtsnatur
- § 3 Angehörige der Universität

Zweiter Abschnitt: Organe und Gliederung der Universität

Rektor

- § 4 Aufgaben
- § 5 Amtszeit und Wiederwahl
- § 6 Wahlverfahren
- § 7 Abberufung

Prorektor

- § 8 Aufgaben, Amtszeit und Wiederwahl
- § 9 Wahlverfahren

Großer Senat

- § 10 Aufgaben
- § 11 Mitglieder
- § 12 Wahlverfahren
- § 13 Vorsitz
- § 14 Einberufung
- § 15 Öffentlichkeit

Senat

- § 16 Aufgaben
- § 17 Mitglieder
- § 18 Wahlverfahren
- § 19 Vorsitz und Sitzungen
- § 20 Ausschüsse

Verwaltungsrat

- § 21 Aufgaben
- § 22 Mitglieder
- § 23 Vorsitz und Sitzungen

Kanzler

- § 24 Aufgaben
- § 25 Bestellung und Vertretung

Ständige Einheiten für Forschung und Lehre

- § 26 Gliederung der Universität in Fachbereiche
(Fakultäten?)
- § 27 Mitglieder und Organe
- § 28 Aufgaben
- § 29 Mitglieder der Fakultät
- § 30 Wahlverfahren
- § 31 Stellvertreter und vorzeitiges Ausscheiden
- § 32 Einberufung und Geschäftsordnung
- § 33 Dekan
- § 34 Prodekan
- § 35 Zusammenarbeit der Fakultäten
- § 36 Zugehörigkeit der Lehrstühle
- § 37 Studienplankommissionen

Universitätseinrichtungen

- § 38 Zuordnung
- § 39 Gründung, Veränderung und Auflösung
- § 40 Zentrale Universitätseinrichtungen
- § 41 Verwaltungs- und Benutzungsordnungen

Verfahrensvorschriften

- § 42 Allgemeines
- § 43 Beschlußfähigkeit
- § 44 Abstimmung
- § 45 Befangenheit
- § 46 Ordnungsverstöße

10
Umlauf

La

- § 47 Niederschrift
- § 48 Verschwiegenheit
- § 49 Vorzeitiges Ausscheiden

Dritter Abschnitt: Lehrkörper

Allgemeine Vorschriften

- § 50 Mitglieder
- § 51 Aufgaben der Universitätslehrer
- § 52 Beamtenrechtliche Bestimmungen
- § 53 Urlaub
- § 54 Forschungssemester
- § 55 Mindestlehrverpflichtung
- § 56 Wohnsitz
- § 57 Antrittsvorlesung
- § 58 Nebentätigkeit
- § 59 Auftragsforschung
- § 60 Versammlung der Mitglieder des Lehrkörpers
- § 61 Verpflichtung auf die Grundordnung

Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren

- § 62 Neubesetzung von Lehrstühlen
- § 63 Berufung
- § 64 Berufungsverfahren
- § 65 Ausschreibung
- § 66 Berufungsvorschlag
- § 67 Berufung eines Nichtvorgeschlagenen
- § 68 Rechtsstellung
- § 69 Erteilung der akademischen Rechte
- § 70 Akademische Rechte der Entpflichteten

Die Privatdozenten und außerplanmäßigen Professoren, die
Universitätsdozenten, die Abteilungsvorsteher und Wissen-
schaftlichen Räte

- § 71 Habilitation
- § 72 Privatdozenten
- § 73 Außerplanmäßige Professoren
- § 74 Universitätsdozenten
- § 75 Abteilungsvorsteher und Wissenschaftliche Räte

Die Honorarprofessoren, Lehrbeauftragten, Gastprofessoren
und Gastdozenten

- § 76 Honorarprofessoren
- § 77 Lehrbeauftragte
- § 78 Gastprofessoren und Gastdozenten

Die Akademischen Mitarbeiter

- § 79 Akademische Räte
- § 80 Wissenschaftliche Assistenten
- § 81 Oberassistenten, Obergeringenieure
- § 82 Wissenschaftliche Angestellte
- § 83 Zuordnung in der Selbstverwaltung

Vierter Abschnitt:

Die Studenten

- § 84 Rechte und Pflichten der Studenten
- § 85 Immatrikulation
- § 86 Versagungsgründe
- § 87 Rücknahme

- § 88 Exmatrikulation
- § 89 Zuständigkeit
- § 90 Studentenschaft
- § 91 Selbstverwaltung
- § 92 Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Universität
- § 93 Satzungsrecht
- § 94 Beiträge

Fünfter Abschnitt:

Akademische Prüfungen

- § 95 Prüfungsordnungen

Sechster Abschnitt:

Wahrung der Ordnung

- § 96 Schlichtungsausschuß
- § 97 Disziplinarrecht

Siebter Abschnitt:

Verwaltung

- § 98 Gliederung
- § 99 Verwaltung der Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten
- § 100 Vermögensverwaltung
- § 101 Einstellung von Bediensteten
- § 102 Dienstvorgesetzter
- § 103 Gebühren
- § 104 Soziale Einrichtungen
- § 105 Universitätsbibliothek

Achter Abschnitt:

Staatliches Mitwirkungsrecht und Aufsicht

- § 106 Staatliches Mitwirkungsrecht
- § 107 Vorlesungszeiten
- § 108 Aufsicht
- § 109 Informationsrecht
- § 110 Ersatzvornahme

Neunter Abschnitt:

Inkrafttreten und Übergangsvorschriften

- § 111 Inkrafttreten
 - § 112 Weitergelten der bisherigen Verfassung der Universität Stuttgart
 - § 113 Wahlen für den neuen Großen Senat und den neuen Senat
 - § 114 Senatskommissionen
 - § 115 Überleitung auf den neuen Rektor
 - § 116 Überleitung auf die neuen Fachbereiche
-

Erster Abschnitt:

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Aufgabe der Universität

- (1) Die Universitäten vereinigen Forschung und Lehre im Dienste an den Wissenschaften. Sie bereiten zugleich auf Berufe vor, für die ein wissenschaftliches Studium vorgeschrieben oder nützlich ist. Darüber hinaus nehmen sie sich der wissenschaftlichen Fortbildung an.
- (2) Im Rahmen dieser Aufgaben obliegt den Universitäten auch die soziale Förderung ihrer Angehörigen.

Die GOV hat für evtl. andere Formulierungen einen Ausschuß gebildet. Nach Vorliegen des Ergebnisses ihrer Beratungen wird hier ggf. ergänzt.

§ 2 Rechtsnatur

- (1) Die Universität Stuttgart ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie ist frei in Forschung und Lehre. Im Rahmen der Gesetze verwaltet sie ihre Angelegenheiten nach den Vorschriften dieser Grundordnung selbst.
- (2) Die Universität Stuttgart führt ein eigenes Wappen und Siegel.

§ 3 Angehörige

- (1) Der Universität gehören an:
 1. die Angehörigen des Lehrkörpers
 2. der Kanzler
 3. die Ehrensenatoren
 4. die immatrikulierten Studenten
 5. die an ihr tätigen, nicht unter Nr. 1 fallenden Beamten, Angestellten und Arbeiter

- (2) Die Angehörigen der Universität haben im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabenbereiches dafür zu sorgen, daß die Universität ihre Aufgaben erfüllen kann.
- (3) Die Angehörigen des Lehrkörpers, die nicht entpflichtet oder zur Ruhe gesetzt sind, sowie die immatrikulierten Studenten sind verpflichtet, Ehrenämter in der Selbstverwaltung der Universität in angemessenem Umfang zu übernehmen. Die Angehörigen des Lehrkörpers und die Studenten können von dem Gremium der Universität oder der Studentenschaft, das ihnen Aufgaben übertragen will, befreit werden, wenn sie bereits in angemessenem Umfang in der Selbstverwaltung tätig waren oder aus gesundheitlichen Gründen der Aufgabe nicht gewachsen wären.

Zweiter Abschnitt:

Organe und Gliederung der Universität

Rektor

§ 4 Aufgaben

- (1) Der Rektor steht an der Spitze der Universität. Er vertritt in allen grundsätzlichen Angelegenheiten die Gesamtuniversität.
- (2) Der Rektor ist Vorsitzender des Senats und des Verwaltungsrats. Er bereitet die Beschlüsse der Senate vor und führt sie aus. Er unterrichtet den Senat und den Verwaltungsrat über seine Amtsführung und erteilt beiden Organen auf Verlangen darüber Auskunft.
- (3) Hält der Rektor Beschlüsse der Senate für rechtswidrig, so hat er sie zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen. Kommt keine Einigung zustande, so hat er die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten.

- (4) Der Rektor leitet die akademische Verwaltung nach den Beschlüssen und Richtlinien der Senate. Grundsätzliche Angelegenheiten hat er dem Senat zur Entscheidung vorzulegen. In unaufschiebbaren Fällen kann er die Entscheidung selbst treffen und muß dann den Senat so bald als möglich unterrichten. Der Rektor vertritt in diesem Bereich die Universität gerichtlich und außergerichtlich und erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Dabei wird er vom Kanzler unterstützt, der insoweit an seine Weisungen gebunden ist.
- (5) Der Rektor übt das Hausrecht in der Universität aus. Er ist dabei an die gemeinsam vom Senat und vom Verwaltungsrat zu erlassende Hausordnung gebunden.

§ 5 Amtszeit und Wiederwahl

- (1) Der Rektor wird vom Großen Senat für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Die Amtszeit beginnt am 1. April (1. Sept.?) und endet am 31. März (31. August?) des vierten darauffolgenden Jahres.
- (2) Wählbar ist jeder ordentliche Professor. Einmalige Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Die Wahl und die Wiederwahl können abgelehnt werden.

§ 6 Wahlverfahren

- (1) Die Wahl findet in der Regel 1 Jahr vor dem Amtsantritt statt.
- (2) Für die Wahl ist der Große Senat zuständig. Der Senat bestellt für die Vorbereitung der Rektorwahl spätestens 2 Monate vor der Wahl einen Ausschuß. Diesem müssen 4 Vertreter der ordentlichen Professoren, 1 Vertreter des Lehrkörpers gemäß § 16 Abs. 1 Ziff. 2 - 6 HSchG, 1 Vertreter des Lehr-

körpers gemäß § 16 Abs. 2 HSchG und 1 Vertreter der Studentenschaft angehören. Ein Ausschußmitglied wird vom Senat zum Vorsitzenden bestimmt.

- (3) Dem Nominierungsausschuß können Vorschläge eingereicht werden, die von mindestens 15 Mitgliedern des Großen Senats oder 100 Mitgliedern der Universität unterzeichnet sein müssen. Den Vorschlägen muß eine Erklärung des Vorgeschlagenen beigelegt werden, daß er mit der Nominierung einverstanden ist. Der Nominierungsausschuß prüft die Vorschläge und legt sie dem Vorsitzenden des Großen Senats vor.
- (4) Werden keine Wahlvorschläge oder nur einer vorgelegt, so hat der Nominierungsausschuß einen eigenen Vorschlag aufzustellen und dem Vorsitzenden des Großen Senats vorzulegen. Die Kandidaten werden vom Nominierungsausschuß der Hochschulöffentlichkeit vorgestellt.
- (5) Für die Wahl ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Großen Senats erforderlich. Die Anwesenheit wird vor Beginn der Wahlhandlung festgestellt. Ist der Große Senat nicht beschlußfähig, wird nach spätestens 2 Wochen eine weitere Sitzung abgehalten, in der der Große Senat ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig ist.
- (6) Die Wahlhandlung wird vom Vorsitzenden des Großen Senats geleitet.
- (7) Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Die Wahl ist geheim und schriftlich.
- (8) Gewählt ist im 1. Wahlgang, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein 2. Wahlgang statt. Dabei ist ebenfalls der Kandidat gewählt, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wird diese Mehrheit noch nicht erreicht, so findet ein 3. Wahlgang statt, in dem dann der gewählt ist, der die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit wird eine Stichwahl durchgeführt. Bei nochmaliger Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Der Gewählte erklärt anschließend an die Wahl, ob er die Wahl annimmt. Lehnt er die Wahl ab, so entscheidet der Vorsitzende, ob eine erneute Wahl sofort oder in einer erneut einzuberufenden Sitzung des Großen Senats durchzuführen ist. Diese Sitzung muß spätestens 1 Monat nach der erfolglosen Wahl stattfinden. Der Nominierungsausschuß muß erforderlichenfalls entsprechend der Absätze 3 und 4 erneut tätig werden.

- (9) Scheidet der Rektor vorzeitig aus, so wird der neue Rektor nur für die restliche Amtszeit des ausgeschiedenen gewählt.

§ 7 Abberufung

- (1) Lehnt der Große Senat den Rechenschaftsbericht bei der jährlichen Vorlage ab, so muß innerhalb von 14 Tagen eine neue Sitzung des Großen Senats einberufen werden.
- (2) In dieser Sitzung muß der Rektor die Vertrauensfrage stellen. Erhält er dafür keine Mehrheit der anwesenden Mitglieder, dann ist er damit abgewählt.
- (3) Im Falle der Abwahl muß in derselben Sitzung ein neuer Rektor gewählt werden. Kommt eine Wahl nicht zustande, so ist innerhalb 1 Monats eine nochmalige Sitzung einzuberufen. Der Nominierungsausschuß muß erforderlichenfalls nach § 6 Abs. 3 und 4 tätig werden.
- (4) Kommt im Falle des Abs. 3 eine Neuwahl nicht sofort zustande, dann leitet bis zu einer Neuwahl der Prorektor die Universität.

Prorektor

§ 8 Aufgabe, Amtszeit und Wiederwahl

- (1) Der Rektor wird durch den Prorektor vertreten. Sind beide verhindert, so führt jeweils der an Lebensjahren älteste

anwesende Dekan die Geschäfte des Rektors.

- (2) Der Prorektor wird vom Senat auf die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Amtszeit beginnt 1 Jahr nach der Amtszeit des Rektors.
- (3) Wählbar ist jedes Mitglied des Lehrkörpers i. S. von § 16 Abs. 1 Ziff. 1, 2 und 4 HSchG, das nicht dem Fachbereich angehört, zu dem der Rektor vor seiner Wahl gehört hat. Mehrmalige Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Die Wahl und die Wiederwahl können abgelehnt werden.

§ 9 Wahlverfahren

- (1) Die Wahl findet in der Regel 6 Monate vor dem Amtsantritt statt.
- (2) Der Rektor schlägt dem Senat einen Kandidaten vor. Dieser bedarf der Wahl durch den Senat. Ist bereits ein neuer Rektor gewählt, der sein Amt noch nicht angetreten hat, so ist dessen Einvernehmen zu dem Vorgeschlagenen herbeizuführen. Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, ein Einvernehmen mit dem künftigen Rektor nicht erzielt oder schlägt der Rektor niemand vor, dann wird vom Vorsitzenden des Großen Senats ein Nominierungsausschuß nach § 6 Abs. 2 gebildet. Für das Verfahren dieses Nominierungsausschusses gelten die Vorschriften wie bei der Rektorwahl entsprechend.
- (3) Scheidet der Prorektor vorzeitig aus, so wird der neue Prorektor für die volle Amtszeit gewählt.

Großer Senat

§ 10 Aufgaben

Der Große Senat hat folgende Aufgaben:

1. Beschluß über die Änderung der Grundordnung
2. Wahl des Rektors

3. jährliche Entgegennahme und Erörterung des Rechenschaftsberichts des Rektors
4. Behandlung von Angelegenheiten, die ihm durch Beschluß des Senats oder Verwaltungsrats zugewiesen sind.

§ 11 Mitglieder

Dem Großen Senat gehören an:

1. der Rektor
2. der Prorektor
3. die Dekane und Prodekane
4. 28 ordentliche und außerordentliche Professoren auf die Dauer von 4 Jahren
5. 9 Angehörige des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 1 Nr. 2, 4, 5 und 6 HSchG auf die Dauer von 2 Jahren
6. 9 Angehörige des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 und 2 HSchG auf die Dauer von 2 Jahren
7. 10 Angehörige des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HSchG auf die Dauer von 2 Jahren
8. 28 Vertreter der Studentenschaft auf die Dauer von 1 Jahr
9. der Kanzler mit beratender Stimme
10. 3 Vertreter des technischen und Verwaltungspersonals auf die Dauer von 2 Jahren mit beratender Stimme.

§ 12 Wahlverfahren

- (1) Die Wahl der Mitglieder des Großen Senats und deren Stellvertreter erfolgt von allen Mitgliedern ihrer Gruppe, die der Vertreter der Studentenschaft von dieser in getrennten Wahlgängen in unmittelbarer und geheimer Wahl.
- (2) Der Rektor bereitet die Wahl vor und führt sie durch. Er kann Mitglieder der Universität zu seiner Unterstützung hinzuziehen.

- (3) Gewählt wird aufgrund von Wahlvorschlägen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Verhältniswahl. Die Wahlvorschläge dürfen höchstens doppelt so viel Bewerber enthalten, wie Mitglieder zu wählen sind. Jeder Wähler hat soviele Stimmen, wie Mitglieder zu wählen sind. Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig. Wahlvorschläge der in § 11 Nr. 4 - 7 aufgeführten Gruppen müssen von mindestens 10 Mitgliedern dieser Gruppen, Wahlvorschläge der Studenten von mindestens 50 Studenten unterzeichnet sein. Mit dem Wahlvorschlag ist das schriftliche Einverständnis des Bewerbers einzureichen. Ein Bewerber darf sich nicht in mehrere Wahlvorschläge aufnehmen lassen. Ein Wahlberechtigter kann für dieselbe Wahl nur 1 Wahlvorschlag unterzeichnen.
- (4) Sind mehrere Wahlvorschläge eingereicht, so sind als Mitglieder diejenigen Bewerber gewählt, die die höchsten Stimmenzahlen erreicht haben. Als Stellvertreter ist gewählt, wer auf demselben Wahlvorschlag wie das gewählte Mitglied die nächste Höchstzahl erreicht hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- (5) Wird nur ein gültiger oder kein Wahlvorschlag eingereicht, findet eine Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber statt.
- (6) Ein Wahlberechtigter, der verschiedenen Gruppen angehört, ist nur in einer Gruppe wahlberechtigt. Er hat vor der Wahl eine Erklärung darüber abzugeben, welcher Gruppe er als Wahlberechtigter angehören will.
- (7) Die Wahlprüfung ist Sache des Senats.

§ 13 Vorsitz

Der Große Senat wählt aus seiner Mitte für die Dauer von 2 Jahren einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Der Rektor ist nicht wählbar.

§ 14 Einberufung

- (1) Der Große Senat ist mindestens einmal jährlich vom Vorsitzenden einzuberufen. Er ist ferner einzuberufen, wenn der Rektor, der Senat oder ein Drittel der Mitglieder des Großen Senats es fordern. Die Einladung zu der Sitzung und die Tagesordnung sind den Mitgliedern mindestens eine Woche vorher schriftlich mitzuteilen.
- (2) Änderungen der Grundordnung können von Universitätseinrichtungen, von Ständigen Einheiten sowie von Senatsmitgliedern beim Senat beantragt werden. Vom Senat angenommene Anträge sind an den Großen Senat zu leiten. Unmittelbar an den Großen Senat können nur Anträge gestellt werden, die von mindestens 20 Mitgliedern des Großen Senats unterschrieben sind.

§ 15 Öffentlichkeit

Der Große Senat tagt hochschulöffentlich, wenn er nicht ausnahmsweise etwas anderes selbst beschließt.

Der Senat

§ 16 Aufgaben

- (1) Der Senat entscheidet über alle Angelegenheiten der Universität, soweit sie nicht in der Grundordnung einem anderen Organ, den Ständigen Einheiten für Forschung und Lehre oder den Universitätseinrichtungen übertragen sind.
- (2) Der Senat kann die Entscheidung über eine Angelegenheit dem Großen Senat zuweisen.
- (3) Der Senat ist insbesondere zuständig für
 1. die Hochschulpolitik;
 2. die Hochschulreform als ständige Aufgabe;
 3. den Hochschulgesamtplan;

4. die Bildungspolitik;
5. die Überwachung und Koordination der Arbeiten der Ständigen Einheiten;
6. die Sicherung der funktionsgerechten Mitwirkung der Gruppen in der Universität;
7. Berufungen;
8. Verleihung der Würde eines Ehrendoktors, Ehrensensors;
9. Erlaß der Habilitationsordnung;
10. Erlaß der Promotionsordnung;
11. Einrichtung neuer Studiengänge;
12. Vorbereitung von Grundordnungsänderungen;
13. Einrichtung neuer Lehrstühle oder Änderung ihrer Fachrichtung im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat;
14. Ernennungsvoraussetzungen für die Mitglieder des Lehrkörpers;
15. Festsetzung der Ausbildungskapazitäten;
16. Bestellung der Mitglieder des Schlichtungsausschusses;
17. Bestellung der Mitglieder des Disziplinausschusses;
18. Erlaß einer Verfahrensordnung für Disziplinarsachen;
19. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;
20. Besetzung der Stellen der Leiter zentraler Universitätseinrichtungen;
21. Genehmigung der Geschäftsordnungen der Ständigen Einheiten;
22. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats;
23. Genehmigung der Ordng. der einzelnen Gruppen
24. Wahl der Mitglieder des Studentenwerks;
25. Wahl des Kanzlers und seines Stellvertreters.

§ 17 Mitglieder

(1) Dem Senat gehören mit vollem Stimmrecht an:

1. der Rektor als Vorsitzender
2. der Prorektor als stellvertretender Vorsitzender
3. die Dekane
4. 3 ordentliche und außerordentliche Professoren auf die Dauer von 4 Jahren
5. 3 Mitglieder des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 1 Nr. 2, 4, 5 und 6 HSchG auf die Dauer von 2 Jahren

6. 3 Mitglieder des Lehrkörpers nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 HSchG auf die Dauer von 2 Jahren

7. 3 Vertreter der Studentenschaft auf die Dauer von 1 Jahr

(2) An den Sitzungen des Senats nehmen mit beratender Stimme teil:

1. der gewählte Rektor und Prorektor vor ihrem Amtsantritt
2. der Kanzler
3. 3 Vertreter des technischen und Verwaltungspersonals
4. die Leiter der zentralen Universitätseinrichtungen in Angelegenheiten, die diese unmittelbar betreffen.

§ 18 Wahlverfahren

- (1) Die Vertreter der ordentlichen und außerordentlichen Professoren und die Vertreter nach § 16 Abs. 1 Ziff. 2, 4, 5 und 6 HSchG werden in getrennten Vollversammlungen gewählt. Die Vertreter nach § 16 Abs. 2 HSchG und die Vertreter der Studentenschaft werden in der Vertreterversammlung des Akademischen Mittelbaues (§) und im Studentenparlament gewählt.
- (2) Die Wahl ist geheim. Wiederwahl ist zulässig. Gewählt wird aufgrund von Wahlvorschlägen, die nur 1 Namen enthalten dürfen. Sie müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe unterzeichnet werden. Jeder Wahlberechtigte hat soviel Stimmen, wie Mitglieder und Stellvertreter zu wählen sind.
- (3) Gewählt ist, wer im 1. Wahlgang die absolute Mehrheit erhält, im 2. Wahlgang die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit im 2. Wahlgang erfolgt zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl eine Stichwahl. Die Versammlungen sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.
- (4) Im übrigen gelten die Vorschriften des § 12 entsprechend.
- (5) Der Rektor überprüft die Wahl.

§ 19 Vorsitz und Sitzungen

- (1) Der Rektor ist Vorsitzender des Senats. Stellvertretender Vorsitzender ist der Prorektor.
- (2) Der Rektor soll den Senat während der Vorlesungszeit einmal monatlich einberufen. Er hat ihn einzuberufen, wenn 5 Mitglieder oder ein Dekan dies auf Beschluß einer Ständigen Einheit es verlangen.
- (3) Die Sitzungen des Senats sind nicht öffentlich.
- (4) Der Senat kann bei der Beratung einzelner Angelegenheiten sachkundige Mitglieder der Universität oder Sachverständige hinzuziehen.

§ 20 Ausschüsse

- (1) Der Senat kann beschließende oder beratende Ausschüsse bilden. Zu Ausschußmitgliedern können auch Mitglieder der Universität bestellt werden, die nicht dem Senat angehören.
- (2) Den Vorsitz in den Ausschüssen führt der Rektor. Er kann mit Zustimmung des Senats den Vorsitz auf den Prorektor oder ein Mitglied des Ausschusses übertragen. Der Rektor, der Prorektor und der Kanzler können an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen, denen sie nicht als Mitglieder angehören.
- (3) Die Ausschüsse können zu ihren Beratungen sachkundige Mitglieder der Universität oder Sachverständige hinzuziehen.
- (4) Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf die Art der Aufgaben zu achten. Die einzelnen Gruppen sind auf Wunsch bei der Zusammensetzung entsprechend ihrer Beteiligung im Senat zu berücksichtigen. Die Vertreter der einzelnen Gruppen werden auf Vorschlag ihrer Vertreter im Senat bestellt.

Verwaltungsrat

§ 21 Aufgaben

- (1) Der Verwaltungsrat berät den Rektor und den Kanzler in allen wichtigen Angelegenheiten der Universität. Der Verwaltungsrat bereitet die Planung für die Entwicklung der Universität und die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen vor und sorgt im Zusammenwirken mit den anderen Organen der Universität für einen wirtschaftlichen und sparsamen Einsatz der der Lehre und Forschung dienenden Mittel.
- (2) Der Verwaltungsrat beschließt in folgenden Angelegenheiten:
 1. Aufstellung des Haushaltsvoranschlags;
 2. Verteilung der der Universität zugewiesenen Mittel und Stellen;
 3. Entscheidungen über das Universitätsvermögen, soweit sie über den Rahmen der laufenden Verwaltung hinausgehen;
 4. Planung der baulichen Entwicklung;
 5. Entscheidung über Grundstücks- und Raumverteilung;
 6. Erlaß von Ordnungen über die Verwaltung und Benutzung der Universitätseinrichtungen.

§ 22 Mitglieder

- (1) Dem Verwaltungsrat gehören an:
 1. der Rektor
 2. der Kanzler
 3. 4 vom Senat auf vier Jahre zu wählende Mitglieder.
- (2) Von den Mitgliedern nach Abs. 1 Nr. 3 muß eines Dozent sein. Unter den übrigen Mitgliedern sollen der Prorektor und andere Senatsmitglieder sein.
- (3) Von den in Abs. 1 Nr. 3 bezeichneten Mitgliedern scheidet jedes Jahr ein Mitglied aus; Wiederwahl ist zulässig.

Bei der ersten Wahl zum Verwaltungsrat wird je ein Mitglied auf die Dauer von vier Jahren, drei Jahren, zwei Jahren und einem Jahr gewählt.

- (4) An den Sitzungen des Verwaltungsrats sind ein Vertreter der Angehörigen nach § 16 Abs. 2 Nr. 2 - 4 HSchG, ein Vertreter der Studentenschaft und ein Vertreter des technischen und Verwaltungspersonals zur Teilnahme berechtigt. Sie werden vom Senat aus seinen Mitgliedern für die Dauer eines Jahres gewählt.

§ 23 Sitzungen und Vorsitzender

- (1) Der Rektor ist Vorsitzender des Verwaltungsrats. Ist der Prorektor Mitglied, dann ist er stellvertretender Vorsitzender, im anderen Fall der Kanzler.
- (2) Der Verwaltungsrat wird vom Vorsitzenden nach Bedarf einberufen. Er ist einzuberufen, wenn der Senat oder ein Mitglied des Verwaltungsrats es verlangt.
- (3) Der Verwaltungsrat kann zu der Beratung einzelner Angelegenheiten sachkundige Mitglieder der Universität oder Sachverständige hinzuziehen.
- (4) Die Sitzungen des Verwaltungsrats sind nicht öffentlich.

Der Kanzler

§ 24 Aufgaben

- (1) Der Kanzler ist Leiter der Personal- und Wirtschaftsverwaltung und vertritt insoweit die Universität gerichtlich und außergerichtlich. Er erledigt in diesem Bereich in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung. In wichtigen Angelegenheiten handelt er im Benehmen mit dem Verwaltungsrat. Er informiert den Rektor und den Verwaltungsrat regelmäßig über seine Geschäftsführung und

erteilt dem Senat und dem Verwaltungsrat auf dessen Verlangen über sie Auskunft.

- (2) Der Kanzler bereitet die Beschlüsse des Verwaltungsrats vor und führt sie aus. Hält er Beschlüsse des Verwaltungsrats für rechtswidrig, so hat er sie zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen. Kommt keine Einigung zustande, ist die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten.
- (3) Der Kanzler unterstützt den Rektor bei der Führung der laufenden Geschäfte der akademischen Verwaltung.

§ 25 Bestellung und Vertretung

- (1) Der Kanzler ist Beamter auf Zeit. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre, bei unmittelbarer Wiederernennung nach Ablauf der Amtszeit zwölf Jahre. Die Amtszeit beginnt mit dem Amtsantritt; im Falle der Wiederernennung schließt sich die neue Amtszeit an das Ende der vorangegangenen an. Der Kanzler soll die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben.
- (2) Der Kanzler wird aufgrund eines gemeinsamen Vorschlags des Kultusministeriums und des Senats vom Ministerpräsidenten ernannt. Der Senat beschließt über den Vorschlag nach Anhörung des Verwaltungsrats in schriftlicher und geheimer Abstimmung.
- (3) Der Stellvertreter des Kanzlers wird vom Kultusministerium bestellt. Er muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben, wenn nicht der Kanzler diese Befähigung hat. Der Senat hat ein Vorschlagsrecht. Er beschließt über den Vorschlag nach Anhörung des Verwaltungsrats und des Kanzlers in schriftlicher und geheimer Abstimmung.

Ständige Einheiten für Forschung und Lehre

§ 26 Gliederung der Universität in Fachbereiche (Fakultäten?)

- (1) Die Fachbereiche (Fakultäten?) sind die Ständigen Einheiten für Forschung und Lehre.
- (2) Die Universität gliedert sich in folgende Fachbereiche (Fakultäten?):

1. Fachbereich Physik
2. " Mathematik und Computerwissenschaften
3. " Chemie
4. " Geo- und Biowissenschaften
5. " Geschichts- und Sprachwissenschaften
6. " Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
7. " Architektur
8. " Bauingenieur- und Vermessungswesen
9. " Energietechnik
10. " Verfahrenstechnik
11. " Fertigungstechnik
12. " Elektrische Energietechnik
13. " Elektrische Nachrichtentechnik
14. " Luft- und Raumfahrttechnik

§ 27 Mitglieder und Organe

- (1) Mitglieder des Fachbereichs (der Fakultät?) sind die Angehörigen seines Lehrkörpers, die an ihm oder in zu ihm gehörigen Universitätseinrichtungen tätigen, nicht zum Lehrkörper gehörenden Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie die Studenten der betreffenden Fachrichtung.
- (2) Organe des Fachbereichs sind die Fakultät (Fachbereichsrat), der Dekan (Fachbereichsleiter) und der Prodekan (stellvertretender Fachbereichsleiter).

§ 28 Aufgaben

(1) Die Fachbereiche tragen, unbeschadet der Gesamtverantwortung der Universität, die Verantwortung für die Erfüllung der Aufgaben der Universität in Forschung und Lehre.

(2) Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere

1. Aufstellung von Berufungslisten;
2. Vorschläge zur Ernennung von Honorarprofessoren, Abteilungsvorstehern, Wissenschaftlichen Räten, außerplanmäßigen Professoren, Universitätsdozenten und Privatdozenten;
3. Vorschläge zur Besetzung der den Fachbereichen selbst zugewiesenen Personalstellen;
4. Vorschläge für die Erteilung von Lehraufträgen;
5. Vorschläge für die Bestellung von Gastprofessoren und Gastdozenten;
6. Zustimmung für die Abhaltung von Einzelvorträgen, wenn ein Honorar gewährt werden soll;
7. Haushaltsanträge zum Ausbau des Lehrkörpers im engeren Sinne nach § 16 Abs. 1 HSchG;
8. Habilitationen;
9. Aufstellung von Habilitationsordnungen für den Senat;
10. Vorschläge für Ehrungen;
11. Promotionen;
12. Aufstellung von Diplom- und anderen Prüfungsordnungen;
13. Einsetzung von Studienplankommissionen und Überwachung der Tätigkeit der Studienplankommission;
14. Aufstellung und Koordination des Angebots an Lehrveranstaltungen;
15. Förderung und Koordinierung der Forschungsprogramme;
16. Durchführung von Besprechungen über die Lehrveranstaltungen und Prüfungen in jedem Semester (mit allen interessierten Studenten);
17. Bau- und Raumprogramm, Entwicklungsplan, soweit Fachbereich betroffen;
18. Haushaltsanträge personeller und sachlicher Art für die unmittelbaren Aufgaben des Fachbereichs sowie Verwendung bzw. Verteilung von Haushaltsmitteln oder -stellen, soweit sie dem Fachbereich pauschal zugeteilt werden;
19. Auf Antrag eines Mitglieds des Fachbereichs Besprechung in der Fakultät über die dem Verwaltungsrat einzureichenden Haushaltsanträge der einzelnen Universitätseinrichtungen zur Information und Koordination zwischen den Universitätseinrichtungen;

20. Anträge für Einstellungen und Beförderungen für die dem Fachbereich direkt zugeordneten wissenschaftlichen Mitarbeiter;
21. Auf Antrag eines Mitglieds des Fachbereichs Beratung in der Fakultät über die Beschäftigung der wissenschaftlichen Mitarbeiter (Angehörige des Lehrkörpers § 16 Abs. 2 Nr. 2 und 3 HSchG sowie nach Nr. 4, sofern sie nur vorübergehend in Ermangelung einer Stelle nach Nr. 2 oder 3 im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind), insbesondere bei Kontroversen hinsichtlich Einstellung, Vereinbarung des Aufgabenbereichs mit den Universitätseinrichtungen und Entlassung;
22. Einsetzung von Prüfungskommissionen.

§ 29 Mitglieder der Fakultät (Fakultät = Versammlung von Mitgliedern eines Fachbereichs)

(1) Der Fakultät gehören an:

1. Dekan und Prodekan;
2. die hauptamtlich an der Universität Stuttgart im Fachbereich tätigen Universitätslehrer nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HSchG, durch Fakultätsbeschluß erweitert um Universitätslehrer nach Nr. 3 - 6 HSchG;
3. Vertreter der Gruppen
 - a) der Dozenten nach § 16 Abs. 1 Nr. 3 - 6 HSchG;
 - b) der Akademischen Mitarbeiter nach § 16 Abs. 2 Nr. 2 - 4 HSchG;
 - c) der Studenten;
 - d) des technischen und Verwaltungspersonals.

(2) Die in Abs. 1 Nr. 3 a - c genannten Gruppen entsenden

bei bis zu elf Mitgliedern nach Abs. 1 Nr. 2 je zwei
bei mehr als elf Mitgliedern " " " " " je drei
bei mehr als vierzehn " " " " " je vier
Vertreter, die in Abs. 1 Nr. 3 d genannte Gruppe 2 Vertreter.

(3) Überschreitet die Anzahl der Mitglieder der Fakultät die Zahl 25, dann kann die Fakultät beschließen, daß für bestimmte oder alle Aufgaben eine repräsentativ zusammengesetzte engere Fakultät gewählt wird. Die ganze Fakultät tritt mindestens einmal jährlich zur Neuwahl der engeren Fakultät zusammen. Größe und Zu-

sammensetzung der engeren Fakultät werden jeweils von der ganzen Fakultät beschlossen. Dabei muß das Zahlenverhältnis der in Abs. 2 und 3 genannten Gruppen gewahrt bleiben.

- (4) Alle Mitglieder der Fakultät haben in allen Angelegenheiten des Fachbereichs gleiches Stimmrecht. Die entpflichteten Professoren haben Sitz und Stimme in der Fakultät, solange sie mit der Vertretung eines Lehrstuhls beauftragt sind.

§ 30 Wahlverfahren

- (1) Die Vertreter der Dozenten und ihre Stellvertreter werden in einer Vollversammlung ihrer Gruppe im Fachbereich ohne Wahlvorschläge gewählt. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl.
- (2) Die Vertreter der Akademischen Mitarbeiter und ihre Stellvertreter werden in einer Vollversammlung ihrer Gruppe im Fachbereich gewählt. Die Wahlvorschläge, die nur 1 Namen enthalten dürfen, müssen von mindestens 5 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Wahlberechtigt sind alle hauptamtlich in der Universität tätigen akademischen Mitarbeiter, wenn sie wenigstens halbtägig und auf länger als 1 Jahr angestellt sind. Gewählt ist, wer im 1. Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen der Anwesenden erhält. Erreicht kein Bewerber diese Stimmenzahl, dann ist im 2. Wahlgang der gewählt, auf den die meisten abgegebenen Stimmen entfallen. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl.
- (3) Die Vertreter des technischen und Verwaltungspersonals und ihre Stellvertreter werden in einer Vollversammlung ihrer Gruppe im Fachbereich gewählt. Für die Wahl gilt Abs. 2 entsprechend.

- (4) Die Vertreter der Studentenschaft werden durch die jeweils zuständigen Fachschaften gewählt. Das Wahlverfahren wird in der Satzung der Studentenschaft geregelt.
- (5) Die Wahl ist geheim. Sie ist vom Dekan durchzuführen. Die Amtszeit beträgt 2 Jahre und beginnt am 1.4. jeden Jahres.

§ 31 Stellvertreter und vorzeitiges Ausscheiden

- (1) Die Mitglieder des Fachbereichs nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 und 2 können sich nicht vertreten lassen.
- (2) Ist ein Mitglied des Fachbereichs nach § 29 Abs. 3 verhindert, wird es durch seinen Stellvertreter vertreten.
- (3) Scheidet ein gewähltes Mitglied vorzeitig aus, so tritt an seine Stelle sein Stellvertreter. An dessen Stelle tritt der mit der nächsthöheren Stimmenzahl Gewählte. Ist niemand da, so findet eine Nachwahl statt. Dabei gilt § 30 Abs. 5 entsprechend.

§ 32 Einberufung und Geschäftsordnung

- (1) Der Dekan beruft die Sitzungen ein und erstellt eine Tagesordnung.
- (2) Jede Fakultät gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 33 Dekan

- (1) Der Dekan vertritt die Fakultät und führt die laufenden Geschäfte. Er ist Vorsitzender der Sitzungen, bereitet deren Beschlüsse vor und führt sie aus. In allen Fällen von Bedeutung hat er einen Beschluß der Fakultät herbeizuführen. In Eilfällen kann er selbst entscheiden und die Fakultät alsbald unterrichten.

- (2) Der Dekan wird durch die Mitglieder der Fakultät für zwei Jahre gewählt. Einmalige Wiederwahl ist möglich. Wählbar sind die ordentlichen und außerordentlichen Professoren, die im Zeitpunkt der Wahl mindestens 2 Jahre der Universität angehört haben. Die Annahme der Wahl ist Pflicht. Bei der Wahl für eine 2. Amtsperiode kann die Wahl abgelehnt werden.
- (3) Die Amtszeit beginnt jeweils am 1. April. Die Wahl soll zu Beginn des vorhergehenden Semesters erfolgen.

§ 34 Prodekan

- (1) Der aus dem Amt scheidende Dekan wird Prodekan. Er vertritt den Dekan.
- (2) Scheidet der Prodekan vorzeitig aus, so wird ein Prodekan gewählt.

§ 35 Zusammenarbeit der Fakultäten

- (1) In Angelegenheiten, die die Belange mehrerer Fakultäten betreffen, sollen die Fakultäten zusammenarbeiten.
- (2) Auf Antrag einer der beteiligten Fakultäten finden gemeinsame Sitzungen statt. Den Vorsitz führt der als Lehrstuhlinhaber dienstälteste Dekan.
- (3) In Zweifelsfällen entscheidet der Senat, welche Fakultäten betroffen sind.
- (4) Bei der Aufstellung von Studienplänen und Prüfungsordnungen sind die fachlich beteiligten Universitätslehrer anderer Fakultäten zu der Beratung hinzuzuziehen.
- (5) Ein Lehrstuhlinhaber kann außer seiner Fakultät aufgrund eines Fakultätsbeschlusses anderen Fakultäten angehören.

§ 36 Zugehörigkeit der Lehrstühle

- (1) Jeder Lehrstuhl ist einem Fachbereich zugeordnet. Die Zuteilung beim Inkrafttreten der Grundordnung ist in einer Anlage festgestellt.
- (2) Die Zuordnung kann im Einvernehmen der beteiligten Fachbereiche und bei Zustimmung der Betroffenen geändert werden. Dazu ist die Zustimmung des Senats erforderlich.

§ 37 Studienplankommissionen

- (1) Für jeden Studiengang an der Universität Stuttgart wird eine Studienplankommission gebildet, deren Aufgabe es ist, Angebot und Zeitablauf des Studiums, die Lehrmethoden und die Prüfungsordnung für diese Studienrichtung festzulegen und zu beschließen.
- (2) Gegen Beschlüsse der Studienplankommissionen haben die zuständigen Fachbereiche ein Einspruchsrecht. Über den Einspruch entscheidet eine gemeinsame Versammlung der zuständigen Fachbereiche und der betroffenen Universitätslehrer aus anderen Fachbereichen. Die für jede Studienrichtung zuständigen Fachbereiche bestimmt der Senat. Er regelt auch die Zusammensetzung der Studienplankommission und die Wahl ihrer Mitglieder.

Universitätseinrichtungen

§ 38 Zuordnung

- (1) Die Universitätseinrichtungen sind einem Fachbereich zugeordnet. Die Zuordnung beim Inkrafttreten der Grundordnung ist in einer Anlage festgestellt.
- (2) Die Zuordnung kann im Einvernehmen der beteiligten Fachbereiche und bei Zustimmung der betroffenen Einrichtungen geändert werden. Dabei ist die Zustimmung des Senats und des Verwaltungsrats erforderlich.

§ 39 Bildung, Veränderung und Aufhebung

- (1) Die Bildung, Veränderung und Aufhebung von Universitäts-einrichtungen kann von Universitätseinrichtungen über den zuständigen Fachbereich oder von dem zuständigen Fachbereich selbst beim Senat beantragt werden.
- (2) Die Beschlüsse des Senats bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums.

§ 40 Zentrale Universitätseinrichtungen

- (1) Universitätseinrichtungen, die keinem Fachbereich zugeordnet sind, insbesondere die Universitätsbibliothek, das Institut für Leibesübungen und das Rechenzentrum, sind unmittelbar dem Senat unterstellt.
- (2) Die Leiter dieser Einrichtungen werden vom Senat bestellt.
- (3) Der Verwaltungsrat erläßt für diese Einrichtungen besondere Verwaltungs- und Benutzungsordnungen.

§ 41 Verwaltungs- und Benutzungsordnungen

- (1) Jede Universitätseinrichtung muß innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten der Grundordnung dem Verwaltungsrat einen Vorschlag für eine Ordnung, in der die Verwaltung und Benutzung der Einrichtung geregelt ist, vorlegen. Der Verwaltungsrat muß die Ordnungen spätestens 1 Jahr nach dem Inkrafttreten der Grundordnung beschließen. Für die Universitätseinrichtungen, die keinen Vorschlag vorlegen, erläßt der Verwaltungsrat innerhalb 1 Jahres nach Inkrafttreten der Grundordnung eine Ordnung nach Anhörung der Angehörigen des Lehrkörpers, der Vertreter der zuständigen Fachschaft sowie von Vertretern der an den Einrichtungen tätigen Bediensteten.

- (2) Die Vorlage der Verwaltungs- und Benutzungsordnung an den Verwaltungsrat wird von der Universitätseinrichtungsversammlung beschlossen. Zu dieser Versammlung gehören alle Angehörigen des Lehrkörpers nach § 16 HSchG, bis zu 3 Vertretern des technischen Personals und 2 Vertretern der Studentenschaft, die von der Fachschaft benannt werden. Die Versammlung muß von dem derzeitigen Leiter der Einrichtung einberufen werden. In Universitätseinrichtungen, deren Vollversammlung mehr als 20 Personen umfassen würde, soll eine repräsentative Vertretung erfolgen entsprechend der Regelung beim Fachbereich.
- (3) In der Ordnung muß geregelt werden, ob ein turnusmäßiger Wechsel der Leitung durch Lehrstuhlinhaber oder eine kollegiale Leitung aller auf Lebenszeit an der Universitätseinrichtung beschäftigten Universitätslehrer gemäß § 16 Abs. 1 Ziff. 1, 2 und 4 und der etwa vorhandenen Abteilungsleiter erfolgt. In Fällen, in denen die Zahl der vorhandenen Personen eine kollegiale Leitung nicht zuläßt (weniger als 2), muß der Personenkreis sukzessive erweitert werden, zunächst um § 16 Abs. 1 Ziffer 5 HSchG, dann § 16 Abs. 2 Ziff. 2 - 4 HSchG.
- (4) Bei Neuberufung eines Universitätslehrers nach § 16 Abs. 1 Ziffer 1 HSchG muß der Verwaltungsrat die Ordnung der Universitätseinrichtung, zu der der Betreffende gehört, neu beschließen.

Verfahrensvorschriften

§ 42 Allgemeines

- (1) Die Vorschriften der §§ 43 - 49 gelten für die Organe und sämtliche Gremien, in denen Entscheidungen bzw. Wahlen von mehr als einem Mitglied getroffen oder in denen Wahlen bzw. Abstimmungen durchgeführt werden müssen, sofern nicht in der Grundordnung ausdrücklich eine andere Regelung vorgesehen ist.

§ 43 Beschlußfähigkeit

- (1) Die Kollegialorgane sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und die Sitzung ordnungsgemäß einberufen ist.
- (2) Eine ordnungsgemäße Einberufung liegt vor, wenn die entsprechenden Vorschriften der Grundordnung oder die der danach zu erlassenden Geschäftsordnungen eingehalten wurden. Das jeweilige Gremium kann einen Mangel in der Einberufung durch ausdrücklichen Beschluß heilen. Einwendungen gegen eine nicht ordnungsgemäße Einberufung können nur bis zum Beginn der Sitzung geltend gemacht werden.

§ 44 Abstimmung

- (1) In der Regel wird offen abgestimmt. Auf Verlangen von einem Viertel der anwesenden Mitglieder ist geheim oder namentlich abzustimmen.
- (2) Die Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt. Stimmenthaltungen gelten als Ablehnung. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden, der selbst auch abstimmen kann, den Ausschlag.
- (3) Die Mitglieder der Kollegialorgane sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

§ 45 Befangenheit

- (1) Ein Mitglied eines Kollegialorgans ist bei Angelegenheiten nicht stimmberechtigt, die ihm selbst oder den nachstehend aufgeführten Personen einen Vorteil oder Nachteil bringen würden:

1. dem Ehegatten, einem früheren Ehegatten oder dem Verlobten;
 2. einem in gerader Linie bis zum 3. Grad Verwandten oder einem durch Annahme an Kindesstatt Verwandten;
 3. einem in gerader Linie bis zum 2. Grad Verschwägerten;
 4. einer von ihm Kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person;
 5. einem anderen Mitglied der von ihm vertretenen Gruppe, das in dem Kollegialorgan ebenfalls vertreten ist und wegen Befangenheit selbst nicht stimmberechtigt ist.
- (2) Die Entscheidung, ob ein Grund zur Befangenheit vorliegt, trifft in Zweifelsfällen das jeweilige Kollegialorgan in Abwesenheit des Betroffenen.

§ 46 Ordnungsverstöße

Verstößt ein zur Teilnahme an einer Sitzung Berechtigter grob oder wiederholt gegen die Ordnung, so kann er vom Vorsitzenden aus dem Beratungsraum verwiesen werden. Bei wiederholten Ordnungswidrigkeiten kann das Kollegialorgan einen zur Teilnahme an den Sitzungen Berechtigten für höchstens zwei Sitzungen ausschließen.

§ 47 Niederschriften

- (1) Über die Verhandlungen der Kollegialorgane sind Niederschriften anzufertigen. Diese müssen Tag und Ort der Sitzung, die Zahl der Anwesenden und die Namen der abwesenden Mitglieder, die Namen der sonstigen Anwesenden, die behandelten Gegenstände, die Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis ersehen lassen. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
- (2) Die Tagesordnung und die Niederschriften der Sitzungen des Senats, des Großen Senats und des Studentenparlaments werden jeweils an alle Einrichtungen der Universität, die der Fakultäten an die Einrichtungen, die ihr zugeordnet sind sowie an den Rektor verschickt. Der Verwaltungsrat leitet Beschluß-

protokolle an alle Einrichtungen der Universität.
Die Unterlagen sind allen Mitgliedern der Universität
durch vierwöchige Auslegung zugänglich zu machen.

§ 48 Pflicht zur Verschwiegenheit

- (1) Die an den Sitzungen Beteiligten sind dann zur Verschwiegenheit und zur Geheimhaltung verpflichtet,
 1. wenn es sich um persönliche Angelegenheiten handelt,
 2. wenn dies durch Beschluß des betreffenden Kollegialorgans besonders festgelegt wurde. Eine solche Anordnung darf nur aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zum Schutz berechtigter Interessen Einzelner angeordnet werden. Sie ist aufzuheben, sobald sie nicht mehr gerechtfertigt ist.
- (2) Diese Pflichten bestehen auch nach dem Ausscheiden aus dem Kollegialorgan oder der Universität fort.

§ 49 Vorzeitiges Ausscheiden

- (1) Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so wird das an dessen Stelle tretende Mitglied nur für die restliche Amtszeit bestellt.
- (2) Das gleiche gilt für Stellvertreter von gewählten Mitgliedern aller Kollegialorgane.

Dritter Abschnitt:

Lehrkörper

Allgemeine Vorschriften

§ 50 Mitglieder

(1) Den Lehrkörper im engeren Sinne bilden die Universitätslehrer:

1. die ordentlichen und außerordentlichen Professoren (Lehrstuhlinhaber) und die entpflichteten ordentlichen und außerordentlichen Professoren;
2. die Dozenten:
 - a) die Abteilungsvorsteher und Wissenschaftl. Räte,
 - b) die außerplanmäßigen Professoren,
 - c) die Universitätsdozenten,
 - d) die Privatdozenten, wenn sie an der Universität in ihrem Fachbereich tätig sind;
3. die Honorarprofessoren, die wichtige Lehr- und Forschungsaufgaben wahrnehmen, können durch Beschluß der Fakultät in der Selbstverwaltung dieselbe Rechtsstellung verliehen bekommen wie die Dozenten.

(2) Dem Lehrkörper im weiteren Sinne gehören außerdem an:

1. der Direktor der Universitätsbibliothek, des Instituts für Leibesübungen und vergleichbarer Universitätseinrichtungen. Die letzteren werden vom Senat als solche anerkannt;
2. die Akademischen Räte und Oberräte und die ihnen vergleichbaren in Lehre und Forschung tätigen Beamten des höheren Dienstes;
3. die Wissenschaftl. Assistenten, Oberassistenten und Obergeringenieure (Wiss. Ass.);
4. die wiss. Angestellten;
5. die Lehrbeauftragten;
6. die Gastprofessoren und Gastdozenten.

(3) Die in Abs. 2 Nr. 2 - 4 aufgeführten Mitglieder des Lehrkörpers sind die akademischen Mitarbeiter.

§ 51 Aufgaben der Universitätslehrer

- (1) Die Universitätslehrer haben ihr Fachgebiet als Forscher und Lehrer zu vertreten. Sie bilden in ihrem Fachgebiet und in den Universitätseinrichtungen Arbeitsgruppen von in Forschung und Lehre gleichberechtigten Wissenschaftlern.
- (2) Beamtete Universitätslehrer sind verpflichtet, in den Universitätseinrichtungen ihres Fachgebiets Leitungsaufgaben zu übernehmen.
- (3) Beamtete Universitätslehrer sind verpflichtet, Gutachten einschließlich der hierfür erforderlichen Untersuchungen ohne Vergütung zu erstellen, wenn diese vom Kultusministerium oder von den Organen der Universität angefordert werden.
- (4) Beamtete Universitätslehrer sind verpflichtet, bei akademischen Prüfungen und bei staatlichen Prüfungen, durch die ein Hochschulstudium abgeschlossen wird, mitzuwirken.

§ 52 Beamtenrechtliche Bestimmungen

- (1) Auf Universitätslehrer und sonstige Beamte, die an der Universität tätig sind, finden die für Landesbeamte allgemein geltenden Vorschriften Anwendung, soweit das Hochschulgesetz und diese Grundordnung nichts anderes bestimmen.
- (2) Die Vorschriften über Laufbahnen, die Probezeit, die Abordnung, die Versetzung, den einstweiligen Ruhestand und die Arbeitszeit sind auf Universitätslehrer nicht anzuwenden. Die Vorschriften über die Laufbahnen finden auf die Wiss. Ass., die Vorschriften über die Stellenausschreibung finden auf die Dozenten und auf die Wiss. Ass. keine Anwendung.

§ 53 Urlaub

- (1) Universitätslehrer bedürfen in der vorlesungsfreien Zeit keiner besonderen Beurlaubung. Bei einer Abwesenheit von länger als einer Woche teilen sie dies dem Dekan mit und regeln ihre Vertretung.
- (2) Eine Unterbrechung der Lehrtätigkeit, die nicht auf Krankheit beruht, bedarf bei allen Universitätslehrern während der Vorlesungszeit für mehr als drei Tage der Genehmigung des Dekans, für mehr als 10 Tage der Genehmigung des Rektors.
- (3) Die Beurlaubung der übrigen Mitglieder des Lehrkörpers und des technischen und Verwaltungspersonals regelt sich nach den allgemeinen Urlaubsvorschriften für den öffentlichen Dienst.

§ 54 Forschungssemester

Für die Dauer eines Semesters oder ausnahmsweise für einen längeren Zeitraum kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit der Universität beamtete Universitätslehrer auf Antrag zur Förderung einer Forschungstätigkeit von der Verpflichtung zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen und der Teilnahme an Prüfungen unter Belassung ihrer Dienstbezüge einschließlich der Unterrichtsgeldabfindung in angemessenen Zeitabständen befreien, wenn eine ausreichende Vertretung gewährleistet ist. Die Belassung der Unterrichtsgeldabfindung bedarf der Zustimmung des Finanzministeriums, wenn die Befreiung länger als ein Semester dauern soll, oder wenn seit der zuletzt gewährten Befreiung noch nicht fünf Jahre verstrichen sind.

§ 55 Mindestlehrverpflichtung

Der Dekan sorgt dafür, daß die Universitätslehrer die festgelegte Mindeststundenzahl in der Regel einhalten. Er berücksichtigt dabei die Verpflichtungen in der Forschung und der Selbstverwaltung.

§ 56 Wohnsitz

Universitätslehrer sollen in Stuttgart oder in seiner näheren Umgebung ihren Wohnsitz haben. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Senats.

§ 57 Antrittsvorlesung

Die Universitätslehrer müssen innerhalb 1 Jahres nach ihrem Dienstantritt eine öffentliche Antrittsvorlesung halten.

§ 58 Nebentätigkeit

- (1) Zur Übernahme einer Nebentätigkeit sind die beamteten Universitätslehrer nur insoweit verpflichtet, als die Nebentätigkeit in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit steht.
- (2) Nicht genehmigungspflichtig ist die mit der Forschungs- und Lehrtätigkeit zusammenhängende selbständige Gutachter- und Beratertätigkeit.
- (3) Durch die Ausübung einer Nebentätigkeit darf die ordnungsmäßige Vertretung des Fachgebiets in Forschung und Lehre nicht beeinträchtigt werden. Der Dekan wacht darüber, daß keine Beeinträchtigung vorliegt. Von jedem Mitglied des Fachbereichs kann eine Entscheidung der Fakultät herbeigeführt werden.
- (4) Universitätslehrer und akademische Mitarbeiter, die bei der Nebentätigkeit mitgewirkt haben, sind angemessen zu beteiligen.

§ 59 Auftragsforschung

- (1) Durch die Übernahme von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen, die in Universitätseinrichtungen durchgeführt wer-

- den, dürfen die Lehr- und Forschungsprogramme der Einrichtung nicht beeinträchtigt oder einseitig auf außeruniversitäre Interessen ausgerichtet werden.
- (2) Der Verwaltungsrat kann Auskünfte über die Art und den Umfang von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen, die in Universitätseinrichtungen durchgeführt werden, verlangen. Er kann, wenn die Gefahr einer Beeinträchtigung des Lehr- und Forschungsprogramms der Einrichtung besteht, verlangen, daß ein solcher Auftrag abgelehnt oder beendet wird.
- (3) Durch Abs. 1 und 2 wird nicht die private Nebentätigkeit der Universitätslehrer berührt, die ohne Inanspruchnahme von Universitätseinrichtungen geschieht.

§ 60 Versammlung der Mitglieder des Lehrkörpers

- Nr. 2
- (1) Die in § 50 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2/- 4 genannten Mitglieder des Lehrkörpers können je eine Vereinigung bilden, die ihre Interessen in der Universität vertritt und als Wahlgremium für die Selbstverwaltung tätig werden kann.
- (2) Die Versammlungen sind bei Bedarf von dem dienstältesten Vertreter jeder Gruppe einzuberufen.
- (3) Die Vereinigungen können sich eine Satzung geben, die der Genehmigung des Senats bedarf. Die Satzung muß insbesondere Bestimmungen über das Wahlverfahren für die Kollegialorgane enthalten.

§ 61 Verpflichtung auf die Grundordnung

Jedes Mitglied des Lehrkörpers wird bei seinem Eintritt in den Lehrkörper auf diese Grundordnung verpflichtet.

Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren

§ 62 Neubesetzung von Lehrstühlen

- (1) Wird ein Lehrstuhl frei, so hat die Fakultät, zu der er ge-

hört, zu beschließen, für welches Fachgebiet er wiederbesetzt werden soll. Wenn er für ein anderes Fachgebiet als bisher verwendet werden soll, bedarf diese Umwandlung der Zustimmung des Senats.

- (2) Soll ein Lehrstuhl in einen anderen Fachbereich verlegt werden, müssen die abgebende und die aufnehmende Fakultät sowie der Senat zustimmen.

§ 63 Berufung

Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren werden auf Vorschlag der Universität durch das Kultusministerium berufen und durch den Ministerpräsidenten ernannt. Die Habilitation ist keine notwendige Voraussetzung für die Berufung. Der Berufungsvorschlag muß begründet sein und soll drei Namen enthalten.

§ 64 Berufungsverfahren

- (1) Die für die Besetzung eines Lehrstuhls zuständige Fakultät teilt die beabsichtigte Eröffnung eines Berufungsverfahrens allen anderen Fakultäten der Universität mit.
- (2) Die zuständige Fakultät schließt sich mit einer anderen Fakultät, die dem Fachgebiet des zu besetzenden Lehrstuhls am nächsten verwandt ist, zur Durchführung des Berufungsverfahrens zusammen. Jedes Mitglied der nichtbeteiligten Fakultäten kann sein Interesse an dem Verfahren anmelden und an den gemeinsamen Sitzungen der beiden Fakultäten mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) Die beiden zusammengeschlossenen Fakultäten, erweitert um die Einzelmitglieder, bestimmen eine Berufungskommission, die einen Berufungsvorschlag ausarbeiten muß. Der Kommission soll ein Vertreter der akademischen Mitarbeiter und der Studentenschaft angehören.

- (4) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des Berufungsverfahrens entscheidet auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern einer Fakultät der Senat über das weitere Vorgehen.
- (5) Der Senat erläßt eine Geschäftsordnung über das Verfahren.

§ 65 Ausschreibung

- (1) Die Berufungskommission entscheidet darüber, ob und in welcher Form die Besetzung eines Lehrstuhls ausgeschrieben wird. Von der Ausschreibung kann nur in begründeten Ausnahmefällen abgesehen werden. Soll keine Ausschreibung erfolgen, muß die Fakultät diesem Vorgehen zustimmen.
- (2) Die Ergebnisse der Ausschreibung sind für den Berufungsvorschlag zu verwerten.
- (3) Die Berufungskommission kann auch Persönlichkeiten vorschlagen, die sich nicht beworben haben.

§ 66 Berufungsvorschlag

- (1) Die Berufungskommission muß innerhalb von 4 Monaten nach dem Freiwerden oder der Errichtung des Lehrstuhls oder, wenn die Aufstellung eines neuen Vorschlags notwendig wird, innerhalb von 2 Monaten nach der Aufforderung, einen neuen Vorschlag einzureichen, oder im Falle der Entpflichtung des bisherigen Lehrstuhlinhabers wegen Erreichung der Altersgrenze 8 Monate vor der Entpflichtung der Fakultät einen Vorschlag vorlegen.
- (2) Der Vorschlag soll in der Regel 3 Namen in einer bestimmten Reihenfolge enthalten.
- (3) Die Fakultät muß innerhalb von 5 Monaten nach dem Freiwerden oder der Errichtung des Lehrstuhls, oder, wenn die Aufstellung eines neuen Vorschlags notwendig wird, innerhalb

von zweieinhalb Monaten nach der Aufforderung, einen neuen Vorschlag einzureichen, oder im Falle der Entpflichtung des bisherigen Lehrstuhlinhabers wegen Erreichung der Altersgrenze 7 Monate vor der Entpflichtung dem Senat einen Vorschlag vorlegen.

- (4) Der Senat muß über den Vorschlag so rechtzeitig beraten, daß er den Vorschlag innerhalb von 6 Monaten nach dem Freiwerden oder der Errichtung des Lehrstuhls oder, wenn die Aufstellung eines neuen Vorschlags notwendig wird, innerhalb von 3 Monaten nach der Aufforderung, einen neuen Vorschlag einzureichen, oder im Falle der Entpflichtung des bisherigen Lehrstuhlinhabers wegen Erreichung der Altersgrenze 6 Monate vor der Entpflichtung dem Kultusministerium vorlegen kann.
- (5) Können die Fristen der Abs. 1 und 3 nicht eingehalten werden, dann muß dem Senat eine begründete Stellungnahme zur Zustimmung vorgelegt werden.
- (6) Stimmt der Senat dem Vorschlag nicht zu, so leitet er ihn mit seiner Stellungnahme der Fakultät zur erneuten Beratung zu. Die Fakultät muß innerhalb eines Monats nach Rückgabe einen neuen Vorschlag vorlegen. Danach entscheidet der Senat, in welcher Form der Vorschlag dem Kultusministerium vorgelegt wird.
- (7) Jedes Mitglied des Lehrkörpers kann zu dem Vorschlag ein Sondervotum abgeben, das auf Verlangen der Vorlage an das Kultusministerium beigelegt wird.

§ 67 Berufung eines Nichtvorgeschlagenen

Beabsichtigt das Kultusministerium, ausnahmsweise einen Nichtvorgeschlagenen zu berufen, so wird der Universität vor der Berufung Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben. Über diese Stellungnahme beschließen die Fakultät und der Senat wie über einen Berufungsvorschlag.

§ 68 Rechtsstellung

- (1) Die ordentlichen und außerordentlichen Professoren werden zu Beamten auf Lebenszeit ernannt.
- (2) Sie sind nach Erreichen der Altersgrenze von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden (Entpflichtung).
- (3) Die Entpflichtung wird zum Ende des Semesters wirksam, in dem der ordentliche oder außerordentliche Professor das 68. Lebensjahr vollendet. Auf seinen Antrag kann die Entpflichtung schon zum Ende des Semesters ausgesprochen werden, in dem der ordentliche oder außerordentliche Professor das 65. Lebensjahr vollendet.
- (4) Im Falle der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis darf die bisherige Amtsbezeichnung weitergeführt werden. Der Ministerpräsident kann die Weiterführung untersagen, wenn der Entlassene sich ihrer als nicht würdig erweist.

§ 69 Erteilung der akademischen Rechte

- (1) Einem außerordentlichen Professor können die Amtsbezeichnung sowie im Einvernehmen mit der Universität die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors verliehen werden. Seine beamtenrechtliche Stellung wird dadurch nicht verändert.
- (2) Das Einvernehmen erteilt der Senat aufgrund einer Stellungnahme der Fakultät.

§ 70 Akademische Rechte der Entpflichteten

- (1) Entpflichtete Hochschullehrer können Lehrveranstaltungen nach Anzeige an die Fakultät abhalten und in Promotions- und Habilitationsverfahren mitwirken. Auf Beschluß der Fakultät können sie auch als Prüfer bei anderen akademischen Prüfungen zugezogen werden.

- (2) Entpflichtete Hochschullehrer können die Universitäts-einrichtungen ihres Fachgebiets weiterhin in angemessenem Umfang mit in Anspruch nehmen. Das Nähere regeln die Verwaltungs- und Benutzungsordnungen.
- (3) Entpflichtete Hochschullehrer wirken in den Selbstverwaltungen mit Stimmrecht weiter mit, solange sie mit der Vertretung ihres Lehrstuhls beauftragt sind.

Die Privatdozenten und außerplanmäßigen Professoren, die Universitätsdozenten, die Abteilungsvorsteher und Wissenschaftlichen Räte

§ 71 Habilitation

- (1) Die Habilitation ist die Anerkennung einer besonderen wissenschaftlichen Lehrbefähigung. Sie setzt die Promotion und in der Regel eine mehrjährige erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit voraus. Die Habilitation wird von der Fakultät ausgesprochen.
- (2) Als Bewerber ist zuzulassen, wer die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt und die in den Habilitationsordnungen geforderten Leistungen erfolgreich erbracht hat. Folgende Leistungen müssen erbracht werden:
 1. die Vorlage einer Habilitationsschrift oder wissenschaftlicher Veröffentlichungen, aus denen die Eignung des Bewerbers zu der den Universitätslehrern aufgegebenen Forschungstätigkeit hervorgeht. In besonderen Fällen kann eine Dissertation als Habilitationsschrift anerkannt werden;
 2. ein wissenschaftlicher Vortrag vor dem durch die Habilitationsordnung bestimmten Gremium mit anschließender Aussprache.
- (3) Mit der Habilitation erhält der Habilitierte das Recht, dem Doktorgrad den Zusatz "habil." anzufügen.
- (4) Das Nähere wird in der Habilitationsordnung geregelt, die vom Senat auf Vorschlag der Fakultäten erlassen wird.

§ 72 Privatdozenten

- (1) Die Fakultät verleiht den Personen, die sich in ihrem Bereich habilitiert oder umhabilitiert haben, auf Antrag die mit dem Recht zur Führung der Bezeichnung "Privatdozent" verbundene Lehrbefugnis. Mit der Verleihung der Lehrbefugnis ist kein Anspruch auf Übernahme in den Landesdienst verbunden. Die Tätigkeit eines Privatdozenten in seinem Fachbereich an der Universität kann die Fakultät nur dann versagen, wenn durch sie ein ordnungsgemäßer Lehr- und Forschungsbetrieb erheblich beeinträchtigt würde.
- (2) Privatdozenten sind berechtigt und verpflichtet, in ihrem Fachgebiet Lehrveranstaltungen von mindestens 2 Semesterwochenstunden durchzuführen. Die Fakultät koordiniert diese Lehrveranstaltungen mit denen der anderen Universitätslehrer des Fachgebiets.
- (3) Die Lehrbefugnis endet
 - a) wenn der Privatdozent auf sie verzichtet;
 - b) wenn die Habilitation widerrufen wird oder erlischt;
 - c) wenn die Voraussetzungen eintreten, unter denen ein Beamtenverhältnis nach dem Landesbeamtengesetz Kraft Gesetzes endet;
 - d) wenn ein Disziplinarverfahren zur Entfernung des Privatdozenten aus dem Dienst als Universitätslehrer geführt hat.
- (4) Die Lehrbefugnis kann von der Fakultät entzogen werden
 - a) wenn der Privatdozent ohne Genehmigung der Fakultät seinen Lehrverpflichtungen nicht nachgekommen ist;
 - b) wenn der Privatdozent den Anforderungen nicht mehr genügt.
- (5) Die Lehrverpflichtung erlischt mit der Vollendung des 65. Lebensjahres. Auf Antrag kann der Privatdozent mit Ablauf des 62. Lebensjahres von der Fakultät von seiner Lehrverpflichtung befreit werden. Er wirkt danach in der Selbstverwaltung nicht mehr mit Stimmrecht mit.

§ 73 Außerplanmäßige Professoren

- (1) Privatdozenten, die sich in Forschung und Lehre bewährt haben und den Anforderungen entsprechen, die an die Inhaber akademischer Lehrstühle gestellt werden, kann vom Kultusministerium auf Vorschlag der Fakultät nach in der Regel sechsjähriger Lehrtätigkeit die Bezeichnung "außerplanmäßiger Professor" verliehen werden. Die Fakultät soll zu ihrem Vorschlag gutachtliche Äußerungen von zwei Lehrstuhlinhabern anderer Universitäten über die Lehrstuhlreife einholen.
- (2) Scheidet ein außerplanmäßiger Professor aus dem Lehrkörper aus, kann ihm das Kultusministerium auf Vorschlag der Fakultät die Erlaubnis erteilen, die Bezeichnung weiterzuführen. Die Erlaubnis kann zurückgenommen werden, wenn er sich ihrer als nicht würdig erweist.

§ 74 Universitätsdozenten

- (1) Privatdozenten, die keinen anderen Hauptberuf haben, können auf Vorschlag des Senats, der auf Antrag der Fakultät tätig wird, als solche zu Beamten auf Widerruf ernannt werden. Sie führen die Amtsbezeichnung "Universitätsdozent".
- (2) Universitätsdozenten können unter den Voraussetzungen des § 73 zu außerplanmäßigen Professoren ernannt werden. Das Beamtenverhältnis auf Widerruf bleibt bestehen. Die außerplanmäßigen Professoren können, sofern sie nicht nach den Vorschriften des allgemeinen Beamtenrechts zu entlassen sind, nur entlassen werden,
 1. wenn sie eine Handlung begehen, die bei einem Beamten auf Lebenszeit eine Disziplinarstrafe zur Folge hätte, die nur im förmlichen Disziplinarverfahren verhängt werden kann, oder
 2. bei Auflösung der Universität oder bei einer wesentlichen Änderung ihres Aufbaues, wenn eine andere Verwendung nicht möglich ist, oder
 3. wenn ihr wirtschaftliches Auskommen durch eine andere Berufstätigkeit voraussichtlich dauernd gesichert ist, oder

4. wenn die Lehrbefugnis aus anderen Gründen als infolge Dienstunfähigkeit endet.

Eine Entlassung nach Nr. 4 ist ausgeschlossen, wenn seit der Ernennung zum außerplanmäßigen Professor zehn Jahre verstrichen sind; die allgemeinen Bestimmungen über die Abordnung und Versetzung sind in diesem Falle anwendbar. Entlassungen nach den Nr. 2 bis 4 können nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Monaten ausgesprochen werden.

§ 75 Abteilungsvorsteher und Wissenschaftliche Räte

Die Abteilungsvorsteher und Wissenschaftlichen Räte werden zu Beamten auf Lebenszeit ernannt. Die Ernennung zum Abteilungsvorsteher oder Wissenschaftlichen Rat setzt in der Regel die Habilitation voraus. Dem Ernennungsvorschlag des Senats auf Antrag der Fakultät sollen gutachtliche Äußerungen von zwei Lehrstuhlinhabern an anderen Hochschulen beigelegt werden. Die zuständige Fakultät bestimmt die Gutachter.

Die Honorarprofessoren, Lehrbeauftragten, Gastprofessoren und Gastdozenten

§ 76 Honorarprofessoren

- (1) Zum Honorarprofessor kann bestellt werden, wer auf einem bestimmten Wissenschaftsgebiet den Anforderungen entspricht, die an die Inhaber akademischer Lehrstühle gestellt werden. Die Bestellung erfolgt durch das Kultusministerium auf Vorschlag des Senats, der auf Antrag der Fakultät tätig wird.
- (2) Honorarprofessoren sollen über die zu ihrem Wissenschaftsgebiet gehörenden Fächer Vorlesungen und Übungen halten.
- (3) Die Mitgliedschaft des Honorarprofessors zur Universität endet

1. durch schriftlichen Verzicht gegenüber dem Kultusministerium;
2. bei Einweisung in eine Planstelle derselben Universität als ordentlicher Professor, außerordentlicher Professor, Wissenschaftlicher Rat oder Abteilungsvorsteher.

Die Bestellung zum Honorarprofessor kann zurückgenommen werden, wenn der Honorarprofessor sich durch sein Verhalten seiner Stellung als Universitätslehrer unwürdig erweist. Die Entscheidung trifft nach Anhörung des Senats, der eine Stellungnahme der Fakultät einholt, und des Betroffenen das Kultusministerium.

§ 77 Lehrbeauftragte

Im Bedarfsfalle können Personen, die ein bestimmtes wissenschaftliches Gebiet in Vorlesungen und Übungen angemessen zu vertreten in der Lage sind, befristete Lehraufträge erhalten oder im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden. Lehraufträge erteilt auf Antrag der Fakultät der Rektor für ein Semester.

§ 78 Gastprofessoren und Gastdozenten

Der Rektor kann auf Antrag einer Fakultät jeweils für einen im voraus begrenzten Zeitraum Professoren und Dozenten anderer Hochschulen als Gastprofessoren oder Gastdozenten verpflichten.

Die Akademischen Mitarbeiter

§ 79 Akademische Räte

- (1) Zur Durchführung von Lehr- und Forschungsaufgaben zur Verwaltung von Geräten und Sammlungen, für das wissenschaftliche Beschaffungswesen, für die Institutsverwaltung und ähn-

liche Aufgaben können Akademische Räte ernannt werden. Der Senat stellt auf Vorschlag des zuständigen Fachbereichs den Antrag beim Kultusministerium. Die Stelle ist zuvor auszu-schreiben.

- (2) Dem Akademischen Rat werden von dem Dekan oder dem Leiter der Universitätseinrichtung, der er zugeordnet ist, bestimmte Aufgaben in Lehre und Forschung übertragen, die er in der Regel selbständig und in eigener Verantwortung versieht. Wenn Lehraufgaben übertragen werden, so sollen das in der Regel nicht mehr als 10 Wochenstunden sein.
- (3) Auch dem Akademischen Rat steht die Habilitation offen. Strebt er sie an, so soll ihm dafür in angemessenem Umfang Gelegenheit zur Durchführung gegeben werden.

§ 80 Wissenschaftliche Assistenten

- (1) Die Wissenschaftlichen Assistenten sind Mitarbeiter in den Fachbereichen, deren Mitglieder sie sind. Sie sind zur eigenen wissenschaftlichen Arbeit und Fortbildung verpflichtet und unterstützen Universitätslehrer, denen sie zugeordnet sind, in den Aufgaben, die sich aus deren Stellung als Universitätslehrer ergeben. Die Fachbereiche oder die Universitätseinrichtungen können Wissenschaftlichen Assistenten auch ohne Zuordnung zu einem Universitätslehrer Aufgaben übertragen. Die Universität hat die Fortbildung der Wissenschaftlichen Assistenten zu fördern. Sie können von dem Universitätslehrer, dem sie zugeordnet sind, angewiesen werden, unter seiner Leitung Lehrveranstaltungen durchzuführen.
- (2) Die Wissenschaftlichen Assistenten werden auf Vorschlag des zuständigen Fachbereichs oder der zuständigen Universitätseinrichtung vom Rektor zu Beamten auf Widerruf ernannt. Dem zuständigen Fachbereich werden Anträge der einzelnen Universitätseinrichtungen zur Kenntnisnahme zugeleitet. Sie sind in der Fakultät offenzulegen. Auf Antrag eines Mitglieds des Fachbereichs werden einzelne Anträge in der Fakultät beraten (§ 28 Abs. 2 Nr. 21). Ihre Ernennung setzt voraus, daß

sie die Doktorprüfung bestanden haben. Auf Vorschlag des Senats kann das Kultusministerium im Einzelfall, oder für bestimmte Fachgebiete allgemein, bestimmen, daß anstelle der Promotion eine andere mit Erfolg abgelegte akademische oder staatliche Prüfung genügt.

- (3) Ein Wissenschaftlicher Assistent kann nach dem ersten Halbjahr seit dem Tag der Ernennung frühestens zum Ende des zweiten Dienstjahres entlassen werden. Der Widerruf des Beamtenverhältnisses aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (4) Der zuständige Fachbereich muß innerhalb einer in der Assistentenordnung festzulegenden Zeit nach der Ernennung zum Wissenschaftlichen Assistenten vorschlagen, ob der Assistent zu entlassen ist, oder in welcher Weise er weiterverwendet werden soll.

§ 81 Oberassistenten, Oberingenieure

Oberassistenten und Oberingenieure sind Mitarbeiter in den Fachbereichen, deren Mitglieder sie sind. Sie werden zu Beamten auf Widerruf ernannt. Die Ernennung setzt in der Regel eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent und die Habilitation voraus, die Ernennung zum Oberingenieur außerdem eine mindestens zweijährige praktische Berufstätigkeit. Das Kultusministerium kann Ausnahmen von den Voraussetzungen der Ernennung gemäß Satz 3 zulassen. Der Widerruf des Beamtenverhältnisses soll sechs Monate vorher mitgeteilt und nur zum Schluß eines Semesters ausgesprochen werden.

§ 82 Wissenschaftliche Angestellte

Die wissenschaftlichen Angestellten sind Mitarbeiter in den Universitätseinrichtungen, denen sie zugeteilt sind. Sie unterstützen die ihnen vorgesetzten Universitätslehrer in der

Forschung. Sie können von den ihnen vorgesetzten Universitätslehrern angewiesen werden, unter ihrer Leitung Lehrveranstaltungen durchzuführen. Wissenschaftliche Angestellte im Sinne dieses Gesetzes sind Angestellte, die eine wissenschaftliche Tätigkeit, die einer abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulausbildung entspricht, nicht nur vorübergehend ausüben.

§ 83 Zuordnung in der Selbstverwaltung

- (1) Die Angehörigen des Lehrkörpers nach § 50 Abs. 2 Nr. 2 und 3 sowie diejenigen Angestellten, welche nur vorübergehend in Ermangelung einer Stelle nach Nr. 2 und 3 im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, sind Mitarbeiter in den Fachbereichen.
- (2) Die Planstellen für die in Abs. 1 Genannten werden vom Verwaltungsrat entweder den Fachbereichen oder den Universitätseinrichtungen, in Ausnahmefällen auch diesen für einzelne Universitätslehrer zugewiesen. Dasselbe gilt bei Änderungen in der Zuweisung.
- (3) Für die Stellen, die den Universitätseinrichtungen zugewiesen sind, haben diese das Vorschlagsrecht bei der Anstellung und Entlassung. Sie setzen die konkreten dienstlichen Aufgaben fest und sind für die wissenschaftliche Betreuung verantwortlich. Dem Fachbereich werden diese Vorschläge offengelegt.

Vierter Abschnitt

Die Studenten

§ 84 Rechte und Pflichten der Studenten

Der Student wird durch die Immatrikulation Mitglied der Universität. Der Student hat die Pflicht, sich im Dienst an der

Wissenschaft zu bilden. Er hat das Recht, Lehrveranstaltungen aller Art zu besuchen. Die Zulassung für einzelne Lehrveranstaltungen kann von den Fachbereichen beschränkt werden, soweit dies im Interesse von Forschung und Lehre notwendig ist. Die Zulassung zu den akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungen richtet sich nach den Prüfungsordnungen. Studenten mit fachgebundener Hochschulreife können nur in den entsprechenden Fächern zu Prüfungen zugelassen werden.

§ 85 Immatrikulation

- (1) Voraussetzung für die Immatrikulation ist das Bestehen der Reifeprüfung an einem staatlichen oder staatlich anerkannten Gymnasium im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder der Nachweis einer gleichwertigen Vorbildung. Die Gleichwertigkeit der Vorbildung wird vom Kultusministerium festgestellt. Wer die fachgebundene Hochschulreife besitzt, kann nur dann immatrikuliert werden, wenn an der Universität diese Fachrichtung in ausreichendem Umfang vertreten ist.
- (2) Das Kultusministerium kann nach Anhörung der Universitäten durch Rechtsverordnung bestimmen, ob und in welchem Umfang vor der Aufnahme des Universitätsstudiums eine diesem dienende praktische Tätigkeit abzuleisten ist. Dazu wird der zuständige Fachbereich zur Stellungnahme aufgefordert.
- (3) Die Zahl der aufzunehmenden Studenten kann vom Senat auf Vorschlag der beteiligten Fachbereiche für einzelne Fachrichtungen im Einvernehmen mit dem Kultusministerium auf Zeit begrenzt werden. Die Begrenzung ist nur zulässig, soweit und solange dies im Hinblick auf die Aufnahmefähigkeit der Universität zwingend erforderlich ist. Die näheren Vorschriften erläßt der Senat aufgrund von Richtlinien des Kultusministeriums.

§ 86 Versagungsgründe

(1) Die Immatrikulation muß versagt werden, wenn

1. die in § 85 Abs. 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht vorliegen;
2. der Bewerber nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist;
3. der Bewerber im Disziplinarverfahren vom Studium an allen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes ausgeschlossen ist.

(2) Die Immatrikulation kann versagt werden, wenn

1. der Bewerber in einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis steht oder sonst beruflich tätig ist, sofern er nicht über ausreichend freie Zeit für ein gründliches Studium verfügt;
2. der Bewerber an einer Krankheit leidet, durch die er die Gesundheit der anderen Studenten ernstlich gefährdet oder den ordnungsmäßigen Studienbetrieb ernstlich zu beeinträchtigen droht, oder der Gesundheitszustand des Bewerbers ein ordnungsgemäßes Studium ausschließt; zur Prüfung des Gesundheitszustandes kann die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangt werden;
3. der Bewerber nach § 6 des Bürgerlichen Gesetzbuches entmündigt ist;
4. eine frühere Immatrikulation des Bewerbers zurückgenommen worden ist oder hätte zurückgenommen werden können, weil er eine akademische Zwischenprüfung oder eine akademische, staatliche oder kirchliche Abschlußprüfung, ohne sie wiederholen zu können, nicht bestanden hat, oder den Prüfungsanspruch nach den Vorschriften der einzelnen Prüfungsordnungen (§ 95 Abs. 2) verloren hat; die Möglichkeit, den Studiengang einmal zu wechseln, bleibt unberührt.

§ 87 Rücknahme

(1) Die Immatrikulation ist zurückzunehmen, wenn sie

1. durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde;
2. in Unkenntnis des Vorliegens der Versagungsgründe des § 86 Abs. 1 erfolgte.

- (2) Die Immatrikulation kann zurückgenommen werden, wenn sie in Unkenntnis des Vorliegens der Versagungsgründe des § 86 Abs. 2 Nr. 1 und 3 erfolgte.

§ 88 Exmatrikulation

Die Exmatrikulation kann ausgesprochen werden, wenn

1. nachträglich Umstände eintreten, welche die Versagung der Immatrikulation nach § 86 rechtfertigen würden;
2. die Immatrikulation in Unkenntnis des Vorliegens des Versagungsgrundes des § 86 Abs. 2 Nr. 2 erfolgte;
3. der Student eine akademische Zwischenprüfung oder eine akademische, staatliche oder kirchliche Abschlußprüfung, ohne sie wiederholen zu können, nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch nach den Vorschriften der einzelnen Prüfungsordnungen (§ 95 Abs. 2) verloren hat; ein neuer Prüfungsanspruch aufgrund eines Wechsels des Studiengangs kann nur einmal erworben werden;
4. der Student trotz wiederholter Mahnung die Studiengebühr aus anderen Gründen als denen seiner sozialen Lage nicht bezahlt hat.

§ 89 Zuständigkeit

- (1) Über die Immatrikulation, ihre Versagung und ihre Zurücknahme entscheidet in den Fällen des § 86 Abs. 1 und des § 87 Abs. 1 Nr. 2 der Rektor.
- (2) Über die Versagung in den Fällen des § 86 Abs. 2, über die Zurücknahme in den Fällen des § 87 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 sowie über die Exmatrikulation in den Fällen des § 88 entscheidet der Disziplinarausschuß.

§ 90 Studentenschaft

Alle immatrikulierten Studenten einer Universität bilden die Studentenschaft. Die Studentenschaft hat als Gliedkörperschaft der Universität Rechtsfähigkeit.

§ 91 Selbstverwaltung

- (1) Die Studentenschaft hat im Rahmen der Grundordnung der Universität das Recht und die Pflicht, durch Organe, die von den an der Universität immatrikulierten Studenten gewählt werden müssen, ihre Angelegenheiten unter der Rechtsaufsicht des Rektors selbst zu verwalten. Der Rektor kann sich zur Wahrnehmung seines Aufsichtsrechts über einzelne Angelegenheiten der Studentenschaft unterrichten.
- (2) Die Studentenschaft hat folgende Aufgaben:
1. die Vertretung der Gesamtheit der Studenten im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse;
 2. die Wahrnehmung der Belange der Studenten als Mitglieder der Universität;
 3. die Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten für die freiheitliche demokratische Grundordnung;
 4. die Wahrnehmung wirtschaftlicher Selbsthilfe, soweit sie nicht dem Studentenwerk übertragen ist;
 5. die Unterstützung der geistigen und musischen Interessen der Studenten;
 6. die Pflege des freiwilligen Studentensports;
 7. die Pflege internationaler Studentenbeziehungen.

§ 92 Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Universität

- (1) Die Studentenschaft wirkt durch ihre Vertreter mit
1. im Großen Senat, im Senat und im Verwaltungsrat entsprechend den §§ 11, 17 Abs. 1 und § 22 Abs. 4 dieser Grundordnung;
 2. in den Fachbereichen entsprechend § 29 dieser Grundordnung;
 3. im Schlichtungsausschuß nach Maßgabe des § 96 Abs. 1 und im Disziplinarausschuß nach Maßgabe des § 97 Abs. 2;
 4. in den sozialen Einrichtungen (§ 104).
- (2) Die Studentenschaft hat das Recht, Vorschläge, die die Interessen der Studenten betreffen, den zuständigen Stellen der Universität vorzulegen.

§ 93 Satzungsrecht

Die Studentenschaft gibt sich eine Satzung, die der Genehmigung des Großen Senats bedarf. Die Satzung muß Bestimmungen über die Gliederung der Studentenschaft, über die Bildung und Befugnisse ihrer Organe, über die Beitragsfestsetzung und die Aufstellung des Haushaltsplans enthalten, sowie darüber, daß ein Student in der Selbstverwaltung der Universität nicht länger als zwei Studienjahre tätig sein soll. Der Haushaltsplan bedarf der Genehmigung des Rektors. Einnahmen und Ausgaben der Studentenschaft werden nicht in den Staatshaushaltsplan eingesetzt. Die Bediensteten der Studentenschaft stehen in keinem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land Baden-Württemberg.

§ 94 Beiträge

Die Studentenschaft hat das Recht, von ihren Mitgliedern zur Erfüllung ihrer Aufgaben Beiträge zu erheben. Die Festsetzung der Höhe der Beiträge bedarf der Zustimmung des Senats. Das Kultusministerium kann Höchstsätze festsetzen. Die Einziehung der Beiträge obliegt der Universitätskasse.

Fünfter Abschnitt:

Akademische Prüfungen

§ 95 Prüfungsordnungen

- (1) Der **Rektor** erläßt auf Vorschlag der zuständigen Fachbereiche Ordnungen über die akademischen Zwischen- und Abschlußprüfungen, die Promotion und die Habilitation. Die Ordnungen bedürfen der Zustimmung des Kultusministeriums. Sie sind im Amtsblatt des Kultusministeriums bekanntzumachen.

- (2) In den Ordnungen für Zwischen- und Abschlußprüfungen kann bestimmt werden, daß nach Ablauf einer bestimmten Studiendauer kein Prüfungsanspruch mehr besteht, es sei denn, daß der Student die Nichtablegung der Prüfung nicht selbst verschuldet hat. Es muß bestimmt werden, daß mündliche Prüfungen mindestens vor einem Prüfer und einem Beisitzer abgelegt werden.

Sechster Abschnitt:

Wahrung der Ordnung

§ 96 Schlichtungsausschuß

- (1) Zur Erledigung von Beschwerden und zur Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen der Aufgaben der Universität hat der Senat einen Schlichtungsausschuß einzurichten. Die Zuständigkeit des Personalrats nach dem Landespersonalvertretungsgesetz bleibt unberührt. Der Schlichtungsausschuß kann von jedem Angehörigen der Universität angerufen werden. Gegen Entscheidungen der Organe der Universität sowie des Disziplinarausschusses kann der Schlichtungsausschuß nicht angerufen werden. Der Schlichtungsausschuß besteht aus

1. dem Vorsitzenden und zwei Universitätslehrern in Angelegenheiten, die ausschließlich die Universitätslehrer betreffen;
2. in allen übrigen Angelegenheiten aus weiteren vier Mitgliedern, von denen zwei Angehörige des Lehrkörpers nach § 50 Abs. 2 und zwei Angehörige der Studentenschaft sein müssen.

Der Senat wählt den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Die weiteren Mitglieder des Schlichtungsausschusses und ihre Stellvertreter werden vom Senat aufgrund von Vorschlägen der einzelnen Gruppen, die mindestens zehn Namen enthalten müssen, gewählt. Die Amtsdauer beträgt 1 Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

- (2) Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Schlichtungsausschuß hat das Recht, Unterlagen einzusehen, Angehörige der Universität vorzuladen oder zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern. Die Angehörigen der Universität haben einer Vorladung Folge zu leisten. Hält der Schlichtungsausschuß die Beschwerde für begründet, ohne ihr abhelfen zu können, so hat er sie mit einer eigenen Stellungnahme der zuständigen Stelle der Universität auf Verlangen des Beschwerdeführers zu unterbreiten. Im übrigen gelten die Vorschriften über das Verfahren der Kollegialorgane der Universität entsprechend.

§ 97 Disziplinarrecht

- (1) Gegen Mitglieder der Universität, die die Wahrnehmung der Aufgaben der Universität stören oder in anderer Weise gegen die Ordnung der Universität innerhalb oder außerhalb des Universitätsbereichs verstoßen, können Disziplinarmaßnahmen getroffen werden. Die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen Mitglieder der Universität, die als solche Beamte des Landes Baden-Württemberg sind, erfolgt ausschließlich nach der Landesdisziplinarordnung. Disziplinarmaßnahmen sind:

- a) mündliche Verwarnung;
- b) schriftlicher Verweis;
- c) Androhung des Ausschlusses als Mitglied der Universität;
- d) Ausschluß als Mitglied der Universität.

Gegen Studenten können darüber hinaus folgende Disziplinarmaßnahmen getroffen werden:

- e) Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen für ein Semester, soweit sich der Verstoß auf diese Lehrveranstaltung bezieht;
- f) Ausschluß vom Studium an allen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes.

- (2) Disziplinarbehörden sind der Rektor und der Disziplinar-
ausschuß. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden, drei Mit-
gliedern des Lehrkörpers und drei weiteren Mitgliedern.
Die Mitglieder des Disziplinarausschusses und sein Vor-
sitzender werden vom Senat auf die Dauer von zwei Jahren
gewählt. Der Vorsitzende muß die Befähigung zum Richter-
amt haben. Die Studentenschaft ist bei Verfahren gegen
Studenten berechtigt, drei Studenten, die von ihr auf die
Dauer eines Jahres bestellt werden müssen, in den Diszi-
plinarausschuß zu entsenden; diese treten dann an die Stel-
le der drei weiteren Mitglieder. Für das Verfahren gelten
die Vorschriften über das Verfahren der Kollegialorgane
der Universität entsprechend.
- (3) Maßnahmen nach Absatz 1 Buchst. a) und b) werden vom Rek-
tor getroffen. Maßnahmen nach Absatz 1 Buchst. c) bis f)
trifft der Disziplinarausschuß in einem förmlichen Ver-
fahren.
- (4) Das Verfahren der Disziplinarbehörden wird durch eine Ord-
nung geregelt, die vom Senat im Benehmen mit der Vertretung
der Studentenschaft erlassen wird. Sie bedarf der Genehmi-
gung durch das Kultusministerium.

Siebter Abschnitt:

Verwaltung

§ 98 Gliederung

- (1) Die zentrale Verwaltung der Universität gliedert sich in
die Verwaltung der akademischen Angelegenheiten und in die
der Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten.
- (2) Zu den akademischen Angelegenheiten gehören insbesondere:
1. die unmittelbar mit der Forschung und Lehre zusammen-
hängenden Aufgaben;
 2. die Mitwirkung bei der Berufung von Lehrstuhlinhabern;

3. das Vorschlagsrecht bezüglich Einstellung und Ernennung der übrigen Angehörigen des Lehrkörpers und der sonstigen in Forschung und Lehre tätigen akademischen Mitarbeiter;
4. die Sorge für den akademischen Nachwuchs;
5. die Studien- und die akademischen Prüfungsangelegenheiten;
6. die Regelung aller sich auf das Verhältnis der Studierenden zur Universität beziehenden Angelegenheiten;
7. die Verleihung akademischer Grade und Ehrungen;
8. die Stellung von Anträgen zum Haushaltsvoranschlag.

(3) Zu den Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten gehören insbesondere:

1. die Aufstellung des Haushaltsvoranschlags;
2. die Bewirtschaftung der der Universität durch den Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel;
3. die Verwaltung des staatlichen und des Universitätsvermögens;
4. das Gebühren-, Kassen- und Rechnungswesen;
5. die Personalangelegenheiten der an der Universität tätigen Bediensteten;
6. die Grundstücksverwaltung.

§ 99 Verwaltung der Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten

In Wirtschafts- und Personalangelegenheiten wird die Verwaltung nach den staatlichen Vorschriften geführt.

§ 100 Vermögensverwaltung

- (1) Gegenstände, die überwiegend mit Mitteln des Landes erworben werden, sind dem Vermögen des Landes zuzuführen. Ausnahmen kann das Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zulassen.
- (2) Das eigene Vermögen der Universität wird in entsprechender Anwendung des Landeshaushaltsrechts verwaltet.

§ 101 Einstellung von Bediensteten

Soweit das Hochschulgesetz und diese Grundordnung nicht anderes bestimmen, werden die Beamten, Angestellten und Arbeiter auf Vorschlag des Leiters derjenigen Universitätseinrichtung, in deren Dienst sie tätig werden sollen, ernannt oder eingestellt.

§ 102 Dienstvorgesetzter

- (1) Dienstvorgesetzter des Rektors, des Kanzlers sowie der ordentlichen und außerordentlichen Professoren ist der Kultusminister. Dienstvorgesetzter der übrigen beamteten Mitglieder des Lehrkörpers ist der Rektor. Dienstvorgesetzter der sonstigen Beamten ist der Kanzler.
- (2) Vorgesetzter der Bediensteten bei den Fachbereichen und der Universitätseinrichtungen ist der Dekan oder der Leiter der Einrichtung, der sie zugewiesen sind.

§ 103 Gebühren

Die Universität erhebt für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren. Für die Benutzung ihrer Einrichtungen kann sie Benutzungsgebühren erheben. Für die Erhebung dieser Gebühren findet das Landesgebührengesetz entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß die Gebührensätze in einer Rechtsverordnung festgelegt werden, die das Kultusministerium nach Anhörung der Universität im Einvernehmen mit dem Finanzministerium erläßt. Bei der Anhörung der Universität ist eine Stellungnahme des Senats herbeizuführen.

§ 104 Soziale Einrichtungen

Hier stellt der Gesetzgeber für die Rechtsform des Studentenwerks 3 Möglichkeiten zur Wahl:

1. eingetragener Verein wie bisher;
2. Eigenbetrieb der öffentlich-rechtlichen Körperschaft Universität;
3. selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Die GOV hat zur Beratung dieser Frage einen Ausschuß gebildet. Dieser hat noch keinen Vorschlag erarbeitet. Nach Vorliegen des Vorschlags kann § 104 formuliert werden.

§ 105 Universitätsbibliothek

Die GOV hat für die Frage der Bibliotheksstruktur einen Ausschuß eingesetzt. Eine Formulierung wird bis zur Vorlage des Vorschlags dieses Ausschusses zurückgestellt.

Achter Abschnitt:

Staatliches Mitwirkungsrecht und Aufsicht

§ 106 Staatliches Mitwirkungsrecht

- (1) Das Kultusministerium kann Änderungen der Grundordnung anregen. Aus wichtigen Gründen kann es die Bildung neuer, die Änderung oder Aufhebung bestehender Einrichtungen und Studiengänge der Universität verlangen. Die Universität ist vorher zu hören. Der Rektor muß dazu eine Stellungnahme der betroffenen Fachbereiche bzw. Einrichtungen und des Senats einholen.

- (2) Das Kultusministerium kann der Universität Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen, wenn Forschung und Lehre dadurch nicht beeinträchtigt werden.

§ 107 Vorlesungszeiten

Das Kultusministerium bestimmt im Benehmen mit der Universität Beginn und Ende der Vorlesungszeiten. Der Rektor muß dazu eine Stellungnahme des Senats einholen.

§ 108 Aufsicht

- (1) Die Aufsicht in weisungsfreien Angelegenheiten beschränkt sich darauf, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen (Rechtsaufsicht). Rechtsaufsichtsbehörde ist das Kultusministerium.
- (2) Das Kultusministerium kann Weisungen erteilen (Fachaufsicht)
1. in Personalangelegenheiten der an der Universität tätigen Bediensteten;
 2. für die Bewirtschaftung der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel und für die Verwendung der durch diese Mittel erworbenen Vermögensgegenstände;
 3. auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen- und Rechnungs- und des Gebührenwesens;
 4. für die Verwaltung der den Zwecken der Universität dienenden Grundstücke.

§ 109 Informationsrecht

- (1) Das Kultusministerium kann sich, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist, über einzelne Angelegenheiten der Universität unterrichten.

- (2) Das Kultusministerium kann statistische Erhebungen anordnen. Die Anordnung muß die zu erfassenden Tatbestände und den Kreis der Befragten bestimmen. Die Universität und ihre Angehörigen sind zur Beantwortung der ordnungsmäßig angeordneten Fragen verpflichtet.

§ 110 Ersatzvornahme

Kommt die Universität einer Anordnung des Kultusministeriums im Rahmen der Rechts- oder Fachaufsicht nicht innerhalb einer bestimmten Frist nach, kann das Kultusministerium die Anordnung an Stelle der Universität durchführen.

Neunter Abschnitt:

Inkrafttreten und Übergangsvorschriften

§ 111 Inkrafttreten

Die Grundordnung tritt mit der Genehmigung durch die Landesregierung in Kraft.

§ 112 Weitergelten der bisherigen Verfassung der Universität Stuttgart

Vorschriften dieser Grundordnung, die das Vorhandensein der neu zu bildenden Organe bzw. Einrichtungen voraussetzen, sind erst nach Bildung dieser Organe bzw. Einrichtungen anzuwenden. Bis dahin gelten die entsprechenden Vorschriften der bisherigen Verfassung weiter.

§ 113 Wahlen für den neuen Großen Senat und den neuen Senat

Der bisherige Rektor führt unverzüglich nach dem Inkrafttreten dieser Grundordnung die Wahlen für die Gruppenvertreter des Großen Senats und des Senats durch. Er beruft die erste Sitzung des Großen Senats ein, in der ein Vorsitzender und ein Stellvertreter zu wählen sind.

§ 114 Senatskommissionen

Die bestehenden Kommissionen des Großen Senats und des Kleinen Senats sind innerhalb von 4 Monaten nach Inkrafttreten dieser Grundordnung zu bestätigen oder neu zu bilden. Geschieht dies nicht, gelten sie als aufgelöst.

§ 115 Überleitung auf den neuen Rektor

- (1) Der bisherige Rektor bleibt im Amt, bis ein neu gewählter Rektor sein Amt antritt. Den Zeitpunkt dafür bestimmt der Große Senat. Er leitet bis zur Ernennung des Kanzlers die Personal- und Wirtschaftsverwaltung mit Unterstützung des Verwaltungsdirektors weiter.
- (2) Der bisherige Prorektor bleibt im Amt, bis ein Prorektor nach dieser Grundordnung gewählt ist und sein Amt übernimmt. Den Zeitpunkt dafür bestimmt der Senat.

§ 116 Überleitung auf die neuen Fachbereiche

- (1) Die bisherigen Abteilungsleiter müssen unverzüglich nach dem Inkrafttreten dieser Grundordnung die Wahlen für die Gruppenvertreter durchführen und danach die erste Sitzung der neuen Fakultäten einberufen. Bis zur Wahl der neuen Fachbereichsleiter (Dekane) und deren Amtsantritt bleiben

die bisherigen Abteilungsleiter im Amt. Den Zeitpunkt des Amtsantritts bestimmt der Fachbereich (Fakultät). Dasselbe gilt für ihre Stellvertreter.

- (2) Vom Inkrafttreten dieser Grundordnung an sind die bisherigen Fakultäten aufgelöst. Bis zum Zusammentritt der neuen Fakultäten werden die bisherigen Zuständigkeiten der Fakultäten von den derzeitigen Abteilungen wahrgenommen.
-

Den 17. Oktober 1968 - K/G1

18. OKT. 1968

An

alle Lehrstühle und Institute

das Studentenparlament der
Universität Stuttgart

Betr.: 'Hearing' der Grundordnungsversammlung

Beil.: -1- 1. Teilentwurf der Grundordnung - 3fach
-1- Zusammenstellung der Beschlüsse - 1fach

Sehr geehrte Herren,

die nächste Sitzung der Grundordnungsversammlung wird als 'Hearing' mit Rederecht aller Anwesenden stattfinden. Dabei sollen die bisher in der Grundordnungsversammlung gefaßten Beschlüsse hochschulöffentlich diskutiert werden. Zu diesem Zweck werden Ihnen anliegend der 1. Teilentwurf der Grundordnung und eine Zusammenstellung der Beschlüsse zugesandt.

Die Sitzung findet statt

am Freitag, dem 25. Oktober 1968, nachmittags 14 Uhr
im Tiefhörsaal I.

Umlauf ab 18.10.68 / H.

Mit freundlichen Grüßen
I. V.

Blenke

(Prof. Dr.-Ing. H. Blenke)